Abonnements
werden beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Mk. 4,40 für Deutschland (Direkt per Brief-Couvert)
Frcs. 2,75 für Oesterreich (Direkt per Brief-Couvert)
Shill. 2,— für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
8 Pence = 25 Pfg. = 30 Ct.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.

Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach England kosten Doppelporto.

№ 30. Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben. 27. Juli 1889.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Der internationale sozialistische Arbeiter-Kongreß.

Nach acht Tagen lebhafter und zugleich hochinteressanter Debatten, ist der Internationale Kongreß der Vereinigten Sozialisten am Sonnabend den 20. Juli, Abends 8 Uhr, geschlossen worden, und nachdem am Sonntag Vormittag ein gemeinschaftlicher Besuch der Gräber der gefallenen Kommunekämpfer und am Sonntag Abend ein großes, von über tausend Personen besuchtes Banquet die Theilnehmer des Kongresses noch einmal vereinigt hatte, sind dieselben in ihre Heimath, an ihre Berufsarbeit zurückgekehrt, ihren Genossen, die sie nach Paris entsendet, Kunde von dem zu geben, was sie daselbst gesehen. Wir berichten an anderer Stelle über die Einzelnheiten des Kongresses und wollen uns hier bemühen, ein möglichst sachgetreues Gesammtbild desselben zu geben, zu untersuchen, welches sein Nutzen für die Sache der Arbeiter gewesen, in wie weit er der ihm gestellten Aufgabe gerecht geworden.

Wie unsere Leser bereits aus der Tagespresse wissen werden, ist trotz des fast bis zur Selbstverleugnung getriebenen Entgegenkommens der Vereinigten Sozialisten die Verschmelzung beider Arbeiterkongresse nicht erreicht worden. Bis zum letzten Augenblick setzten die Führer der Possibilisten ihre kleinliche Hinterthüren-Politik fort und fanden dabei in den leitenden Persönlichkeiten der englischen Sozialdemokratischen Federation verständnißvolle Helfer. Der Verleumdungsfeldzug gegen die verhaßten „Marxisten" und deren Freunde wurde keinen Augenblick unterbrochen, und während man ganze Länder durch Delegirte vertreten ließ, die weder aus diesen Ländern ein Mandat erhalten hatten, noch überhaupt jemand vertraten, als sich selbst, verschanzte man sich wieder hinter die Frage der Prüfung der Mandate, nur um nicht Leute als gleichberechtigt anerkennen zu müssen, denen man weder ihr Talent und Wissen, noch ihre Ueberzeugungstreue und Hingebung für die Sache des Sozialismus absprechen kann. Erbärmliche Eitelkeit und Sonderherrlichkeitsgelüste verhinderten das Zustandekommen eines Werkes, das von den Arbeitern der ganzen Welt mit Jubel begrüßt worden wäre.

Wir wollen nicht leugnen, daß auch auf der andern Seite der Vereinigungsgedanke auf großen Widerstand stieß, daß er den französischen Delegirten beinahe **aufgedrungen** werden mußte. Aber zu so leidenschaftlichen Zornesausbrüchen die französischen Delegirten sich auch in der Debatte über die Vereinigung mit den Possibilisten hatten hinreißen lassen, schließlich hatten sie doch nachgegeben und ihre Empfindungen den Wünschen der Genossen des Auslandes untergeordnet. Daß sie es widerstrebend gethan — wer ist so Herr über sich, daß er deshalb einen Stein auf sie zu werfen das Recht hätte? —

Genug, das Vereinigungswerk ist nicht zu Stande gekommen, ja es hat nicht einmal eine Verständigung erzielt werden können. Die possibilistische Presse hat nicht einmal Waffenstillstand geübt. Sie hat bis zur letzten Minute vor Zusammentritt des Kongresses verleumdet und verdächtigt, hat während des Tagens der Kongresse verleumdet und verdächtigt, und ist, kaum daß die Kongresse vorüber, schon dabei, mit ungeschwächtem Eifer weiter zu verleumden und zu verdächtigen. Wir stellen das fest, um über die Verantwortlichkeiten keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Fehler sind hüben wie drüben begangen worden, aber hüben als Ausfluß des Temperaments, während drüben **wohlberechnete Handlungen** vorliegen, die zum **System** gehören.

Die näheren Einzelheiten darüber an anderer Stelle. Kommen wir zum Thema zurück.

Sollen wir unser Urtheil über den Internationalen Sozialistischen Arbeiter-Kongreß in einen kurzen Satz zusammenfassen, so möchten wir sagen: Derselbe hat **im Großen und Ganzen seinen Zweck vollständig erfüllt, im Einzelnen litt er unter den Fehlern seiner Vorzüge.**

Sein Vorzug war seine Vollzähligkeit — Vollzähligkeit, was die vertretenen Nationalitäten, Vollzähligkeit was die auf ihm vertretenen Richtungen anbetrifft. Die „autoritären" Sozialisten haben Niemand ausgeschlossen, keiner Richtung in der modernen Arbeiterbewegung blieb das Wort versagt. Das war eines Internationalen Kongresses würdig, aber die prompte Erledigung seiner Geschäfte litt darunter und es ging nicht ohne hartes Aufeinanderstoßen der Gegensätze ab. Und während der Possibilistenkongreß, obwohl seine Veranstalter sich rühmten, Oesterreich, Ungarn und **die Schweiz** für sich zu haben, mit Englisch und Französisch vollständig auskam „**die Schweiz**" war durch den **Pariser** Possibilisten Paulard vertreten, der von einem Fachverein und einem obskuren Blättchen in Carouge bei Genf ein Mandat erhalten, sowie durch zwei **italienische** (nicht tessiner) Studenten, die in Zürich studirten; und von den Delegirten aus Oesterreich und Ungarn schweigt des Sängers — Vorsicht) hatte der Kongreß der Vereinigten Sozialisten das Pech, daß seine deutschen, österreichischen, schweizerischen Delegirten wirklich aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz waren, und mußte daher drei offizielle Sprachen führen, was natürlich den Zeitaufwand erheblich erhöhte. Dieselbe Wirkung hatte die Vollzähligkeit der verschiedenen Nationalitäten. Jede Nationalität, und wo innerhalb derselben verschiedene Richtungen vertreten waren, auch jede dieser mußte bei wichtigen Fragen gehört, bezw. berücksichtigt werden, und was das bei der Nothwendigkeit, jede Rede in zwei, manchmal sogar in drei*) Sprachen zu übersetzen, heißt, kann sich Jeder denken.

Weiter kam noch hinzu, daß die Entstehungsgeschichte des Kongresses auch auf seine Verhandlungen zurückwirkte. Er war nicht „gemacht" worden, sondern ist als das Resultat ziemlich weitläufiger Verhandlungen zustande gekommen; man merkt ihm noch in jeder Hinsicht den **Werdeprozeß** an. Das war in prinzipieller Hinsicht ein Vorzug, es bekundet seine **Aechtheit**, aber in Bezug auf die Abwickelung seiner Geschäfte war es ein Nachtheil, es verlieh ihm eine gewisse Unbeholfenheit — das Werden hat immer etwas chaotisches — und bewirkte ebenfalls manchen Zeitverlust.

Zieht man alles das in Betracht, so wird man es nicht nur nicht wunderbar finden, daß der Kongreß acht Tage brauchte, um seine Tagesordnung zu erledigen, sondern im Gegentheil es als ein Wunder betrachten müssen, daß er es in acht Tagen soweit gebracht hat, zu Beschlüssen über die zur Tagesordnung gestellten Fragen zu gelangen.

Bis es soweit kam, das war freilich eine Riesenarbeit, sowohl für die Delegirten als in noch höherem Maße für das Bureau. Es will etwas heißen, eine dreisprachige Versammlung zu leiten, namentlich wenn der größte Theil derselben aus so lebhaften, so leicht in Wallung zu versetzenden Elementen, wie die Franzosen, besteht. Daß es da nicht ohne Verstöße gegen die Regeln des strengen Parlamentarismus abgehen konnte, liegt auf der Hand, und doch sind im Großen und Ganzen nur wenig solcher zu verzeichnen gewesen. Denn auf der andern Seite hat ein großer Theil der Delegirten in nicht genug anzuerkennender Manneszucht sein Möglichstes gethan, dem Bureau seine Riesenarbeit zu erleichtern. Und hier dürfen wir wohl, ohne Ueberhebung, ganz besonders der **Deutschen** lobend erwähnen. Diese haben sich mit richtigem Takt und gutem Humor schnell in die ihnen so ganz ungewohnte Situation gefunden. In den ersten Tagen berührte sie das schnelle Aufschäumen des gallischen Temperaments etwas fremdartig, nachdem sie aber gesehen, wie schnell da auf den Sturm die Ruhe folgt, ließen sie sich nicht mehr außer Fassung bringen, wenn infolge irgend eines Mißverständnisses oder anderen Zwischenfalles die Versammlung, wie die Franzosen es nennen, houleuse — übersetzen wir es mit stürmisch erregt — wurde. Sie begriffen, wie übrigens auch Andre, daß ein Internationaler Kongreß ohne gegenseitige Toleranz und viel Geduld ein Unding ist.

Große, man wäre berechtigt zu sagen, **übergroße Toleranz** legte der Kongreß den Anarchisten gegenüber an den Tag. Selbstverständlich ist, daß man auf einem internationalen Arbeiterkongreß niemand seiner abweichenden Gesinnung halber zurücksetzen oder gar ausschließen darf. Jeder, der die allgemeinen Zulaßbedingungen erfüllt, hat Anspruch darauf, gehört und als gleichberechtigt berücksichtigt zu werden. Aber damit hat der Kongreß sich nicht begnügt. Obwohl die Anarchisten, was ihnen an Zahl fehlte, durch lärmende Zwischenrufe ꝛc. zu ersetzen trachteten und schon dadurch den Kongreß erheblich in seiner Zeit beeinträchtigten, wurde ihren Rednern noch wiederholt die Redezeit über das allgemeine Maß hinaus verlängert, nur damit sie keinen Anlaß hatten, sich über Mundtodtmachung zu beschweren. Als sie aber diese Rücksichtnahme damit lohnten, daß sie noch in der letzten Sitzung, die dem Kongreß verblieb, und die laut vorherigem Beschluß, nur den Abstimmungen vorbehalten bleiben sollte, ihren Antiparlamentarismus damit zu bekräftigen suchten, daß sie — schlimmer als die schlimmsten Bourgeoisparlamentarier — durch endloses Schwatzen den Kongreß der Gefahr aussetzten, ohne Resultat auseinander gehen zu müssen**), da hatte auch die Geduld der Langmüthigsten ein Ende, und es wurden diejenigen, welche sich der Hausordnung nicht fügen wollten, vor die Thür gesetzt. Wer die Freiheit nicht so versteht, daß sich vierhundert Delegirte, die mit schweren Opfern zur Berathung wichtiger Arbeiterinteressen zusammengekommen, unter allen Umständen von einer Handvoll redewüthiger Krakehler terrorisiren lassen müssen, wird dem Kongreß das Recht zu solchem Vorgehen nicht bestreiten können.

Die Resolutionen des Kongresses findet der Leser an anderer Stelle. Wir wollen heute nicht weiter auf sie eingehen und bemerken daher nur, daß zu einer eigentlichen Erörterung nur die über den Arbeiterschutz gelangt ist. Sie ist denn auch nahezu **einstimmig** angenommen worden — einige Enthaltungen bezogen sich, wie das ausdrücklich erklärt wurde, nicht auf ihren Inhalt, sondern erfolgten aus formalen Gründen, die mit der Frage selbst nichts zu thun hatten.

So hat der Kongreß in dieser Hinsicht, und als Heerschau der proletarischen Kräfte überhaupt, seinen Zweck erfüllt. Er gab ein im Großen und Ganzen wahres Bild vom Stand der Bewegung in den einzelnen Ländern, sowohl was die formale Stärke, als was das geistige Niveau derselben anbetrifft. Nie vielleicht auf einem Kongreß zuvor hat das Bestreben, vor allen Dingen wahr zu sein, verhältnißmäßig so stark vorgeherrscht, als auf diesem. Da konnte denn naturgemäß nicht alles im glänzendsten Lichte erscheinen, denn nicht überall ist die Bewegung gleich stark, nicht überall sind ihre Bedingungen gleich günstige. Aber das Gesammtbild war doch ein erfreuliches. Ueberall geht es voran, da langsamer, da rascher, überall bricht sich die Erkenntniß Bahn, daß in der Arbeiterklasse allein die Zukunft der Menschheit ruht, und daß daher mit allen Mitteln dafür gekämpft werden muß, die Vorbedingungen zu schaffen, unter denen sie ihre weltgeschichtliche Mission zu erfüllen vermag. Diese lauten: mens sana in corpore sano — eine gesunde Seele in einem gesunden Körper. Halt jeder Ueberausbeutung, halt jeder Zerrüttung der Körper durch Abrackerung und Vergiftung in gesundheitsgefährlichen Betrieben! Halt der Untergrabung der Lebenskraft unserer Arbeiterjugend, halt der mörderischen Ausbeutung der Kinder des Proletariats, halt der Ermordung des Proletarierkindes im Mutterleibe. Und fort mit allen Ketten des Geistes, fort mit allen Hemmnissen, die der freien Bewegung der Arbeiterklasse im Wege stehen! Das ist der Ruf, der einstimmig vom Internationalen Arbeiterkongreß des Jahres 1889, dem stärksten, den die Welt gesehen, an die Herrschenden aller Länder ergeht — wer Ohren hat, zu hören, der höre!

* * *

Wir lassen im Anschluß hieran nunmehr die Fortsetzung unseres Kongreßberichtes folgen.

Eröffnung der **fünften** Sitzung des Kongresses, Mittwoch, 17. Juli, Vormittags 10½ Uhr. Der Vorsitzende, Vaillant, theilt mit, daß ein weiterer Delegirter eingetroffen ist, und zwar aus **Finnland**; derselbe wird mit lebhaften Beifallsbezeugungen begrüßt. Nach einer Reihe weiterer Mittheilungen mehr geschäftlicher Art berichtet **Cipriani** als Vertreter der italienischen Delegation, die dem Possibilistenkongreß von dem Vereinigungsbeschluß dieses Kongresses Kenntniß gegeben, daß auch ersterer eine Vereinigungsresolution beschlossen habe. Es folgen nun Erörterungen darüber, welche Schritte zu geschehen haben, um diese Beschlüsse auch praktisch ins Werk zu setzen, und wird nach kurzer überlassen, in welchem ja die verschiedenen Meinungen in Bezug auf diese Frage ihre Vertretungen hätten.

Sebastian Faure (Anarchist) meldet sich zu einer persönlichen Erklärung. Es werde im Saale herum das Gerücht kolportirt, daß die Anarchisten nur auf den Kongreß gekommen seien, in der Absicht, zu stören. Er müsse entschieden dagegen protestiren. Sie seien, wenn auch abweichender Ansicht, als Freunde gekommen, in ruhiger Debatte die Meinungen auszutauschen, ebenso bereit, Belehrung entgegenzunehmen, wie ihre eigene Ueberzeugung zu vertreten.*)

Es erhält nun das Wort **Bebel** zur Berichterstattung für Deutschland. Mit stürmischem Beifall begrüßt, schildert unser Genosse in fünfviertelstündiger Rede die Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie, ihr stetiges Wachsthum und das damit verbundene, sich immer lebhafter geltend machende Bestreben der Regierungen, voran Bismarcks, die Partei, nachdem alle Versuche gescheitert, sie von ihrem eingeschlagenen Pfade abzulenken, gewaltsam zu unterdrücken. Daß das Ausnahmegesetz, unter dem die deutsche Sozialdemokratie heute steht, lange vor seiner Einführung bereits geplant war, geht u. A. aus der klassischen Depesche Bismarcks nach Erhalt der Nachricht vom Attentat Hödels hervor: **Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie.** Aber dieses Ausnahmegesetz habe zwar einer großen Anzahl von Genossen gewaltigen Schaden zugefügt, der Partei die größten Opfer auferlegt, die Ausbreitung der sozialdemokratischen Lehren zu verhindern, habe es sich jedoch als total ohnmächtig erwiesen. Trotz aller Verfolgungen sei die Partei immer mehr angewachsen und schließlich haben die Regierungen sich gezwungen gesehen, der steigenden Bewegung gegenüber eine veränderte Haltung anzunehmen. Wohl besteht das Ausnahmegesetz noch fort, aber in seiner Handhabung sei eine Aenderung eingetreten. Man lasse z. B. der Arbeiterpresse wieder eine gewisse Bewegungsfreiheit, und diese werde natürlich auch nach Kräften ausgenutzt. Die deutsche Arbeiterschaft gebiete heute bereits wieder über eine Achtung gebietende Anzahl von Organen, und er übertreibe durchaus nicht, wenn er sage, daß alle diese Organe sich heute einer weit größeren Verbreitung erfreuen, als ihre Vorgänger vor Erlaß des Ausnahmegesetzes. Im Lichte dieser Thatsache mache die augenblicklich gegen die Schweiz eingeleitete Aktion einen um so lächerlicheren Eindruck. Sie sei angeb-

*) Iglesias aus Madrid z. B. sprach nur spanisch, seine Ausführungen mußten also in's Deutsche, Englische **und** Französische übertragen werden.

**) Von diesem Furor parlamentarius wurden übrigens am Schluß noch einige andere, sonst nichts weniger als anarchistische Leute erfaßt. So Freund Volders aus Brüssel, der doch Praktiker genug ist, um zu wissen, daß man die letzte Sitzung eines Kongresses nicht noch mit langen Debatten über Fragen vertrödeln kann, über die so ziemlich jeder Theilnehmer des Kongresses bereits mit einer festen Ansicht nach Paris gekommen war. Sollte der Kongreß in dieser Hinsicht nicht resultatlos auseinderlaufen, so mußte mit den Debatten, so interessant dieselben zweifelsohne ausgefallen wären, ein Ende gemacht werden. Das war nicht undemokratisch, sondern ein Gebot der Nothwendigkeit. Demokratisch aber ist es, seine besonderen Wünsche dem allgemeinen Bedürfniß unterzuordnen.

*) Zum Verständniß dieses Zwischenfalles sei bemerkt, daß am Abend vorher eine Anzahl von als Gäste zugelassenen Personen sich allmählich unter die Delegirten gedrängt und alsdann fortgesetzt durch Zwischenrufe aller Art mehr oder minder längere Unterbrechungen provozirt hatten. Weiter waren am Morgen am Eingang des Kongreßlokals Plakate angeschlagen worden, des Inhalts, daß, da die Führer an den Spaltungen unter den Arbeitern Schuld seien, gefordert werden müsse, daß sowohl die possibilistischen als auch die marxistischen und blanquistischen Führer zurückzutreten hätten. Diese Plakate waren unterzeichnet Sebastian Faure!

lich dadurch nothwendig geworden, daß von der Schweiz aus durch Einführung sozialdemokratischer Schriften die „Umsturzpartei", wie man die Sozialdemokratie zu benennen beliebt, in Deutschland gestärkt werde. Nun, er stehe nicht an, zu erklären, und er sei sicher, dabei auf keinerlei Widerstand von Seiten seiner Genossen aus Deutschland zu stoßen, daß wenn heute die deutsch-schweizerische oder irgend welche deutsche Grenze so besetzt werde, daß Gensdarm neben Gensdarm stehe, alle nach Deutschland eingeführten Sendungen ꝛc. peinlichst zu untersuchen, und kein Druckerzeugniß über die Grenze zu lassen, die auf die Stärke und das Wachsthum der Partei auch nicht den mindesten Einfluß hätte. (Lebhafte Zustimmung unter den Deutschen). Die Sozialdemokratie hätte von diesen Chikanen nicht das Mindeste zu fürchten, im Gegentheil, könne es ihr eigentlich nur angenehm sein, wenn die Deutschen aus der Bourgeoisie, die zum Vergnügen in der Schweiz reisen, bei der Rückkehr die Annehmlichkeiten des herrschenden Systems, das sie so eifrig unterstützen, recht gründlich zu kosten bekämen. Bebel geht darauf dazu über, die Stellung der herrschenden Klassen zur Sozialdemokratie zu schildern. Die deutsche Bourgeoisie, vielleicht die erbärmlichste der ganzen Welt, habe lange Jahre hindurch von einer Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter gegen Ausbeutung absolut nichts wissen wollen, überhaupt die Existenz einer Arbeiterfrage rundweg abgeleugnet. Das habe sich unter dem Druck der Agitation der Sozialdemokratie immer mehr geändert, allerseits mache man in Sozialreform, fast alle Parteien kämen jetzt mit Vorschlägen für den Arbeiterschutz, und dabei stelle sich der charakteristische Umstand heraus, daß der deutsche Reichstag Arbeiterschutzmaßregeln einstimmig beschließe, die Regierung aber, d. h. Fürst Bismarck — der erste Bourgeois Deutschlands — regelmäßig erkläre, die Geschichte paßt uns nicht, und die Beschlüsse des Reichstages einfach in den Papierkorb werfe. Redner will nicht behaupten, daß dieses Spiel ein ausdrücklich abgekartetes sei, aber zweifelsohne sei es, was man eine stillschweigende Verabredung nenne. Die Regierung sei von der Meinung der Wählerschaft unabhängig, nicht aber die auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten Mitglieder des Reichstages, und darum duldet es die Regierung mit merkwürdiger Gelassenheit, daß diese in den Fragen des Arbeiterschutzes ihr Opposition machen. Diese aber, die da wissen, daß ihre Vorschläge nicht angenommen werden, können sich auf Grund dieses angenehmen Verhältnisses so weit hinauswagen, als es ihnen nur nothwendig erscheint. Uebrigens lege die Macht der Verhältnisse selbst den herrschenden Klassen immer mehr die Erkenntniß nahe, daß gewisse Maßregeln, die von der Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiter verlangt werden, ebenfalls in ihrem Interesse sind. Die herrschenden Klassen werden an sich selbst irre, die Arbeiterschaft aber gewinne immer mehr Selbstbewußtsein, die Sozialdemokratie immer mehr an Kraft und unter welchen Umständen mögen — und man werde sicherlich suchen, der Sozialdemokratie den Kampf so schwer wie nur irgend möglich zu machen — er sei fest überzeugt, daß die nächsten Reichstagswahlen von einem ganz erheblichen Wachsthum der deutschen Sozialdemokratie Zeugniß ablegen werden.

Zu der Frage, die den Kongreß vorzugsweise beschäftigt — der des Arbeiterschutzes — übergehend, legt Bebel nunmehr dem Kongreß eine im Auftrage der deutschen Delegirten von ihm ausgearbeitete Resolution vor, welche er dem Kongreß als Basis der weiteren Verhandlungen unterbreite. Er begründet die einzelnen Sätze derselben Punkt für Punkt und schließt mit dem Wunsch, daß die Berathungen des Kongresses, denen die Arbeiter aller Länder mit gespanntesten Interesse entgegensehen, zum Nutz und Heil der Arbeiterklasse ausfallen möge.

Langanhaltender Applaus der deutschen Delagation, dem sich die Franzosen, die während des ganzen Vortrages mit einer geradezu wunderbaren Ruhe zugehört, lebhaft anschließen. Der Vortrag sammt den Uebersetzungen nahm den ganzen Vormittag in Anspruch und so wird die Fortsetzung der Debatte auf den Abend vertagt.

Ehe wir im Bericht fortfahren, tragen wir zunächst den Wortlaut der von Liebknecht beantragten und mit großer Majorität beschlossenen Resolution über die Vereinigungsfrage nach. Sie lautet:

„Der Kongreß erkennt an, daß die Mitglieder der Haager Konferenz und des Pariser organisirten Ausdruck ihren aufrichtigen Wunsch bewiesen haben, mit Bezug auf den internationalen Arbeiterkongreß eine Verständigung und Einigung aller sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen herbeizuführen und bedauert, daß die im Interesse der Verständigung und Einigung gethanen Schritte bisher keinen Erfolg gehabt haben.

Allein in Erwägung, daß die Einigung der Proletarier eine unerläßliche Vorbedingung der Emanzipation der Arbeit ist, und daß demgemäß einem jeden Sozialdemokraten die Pflicht obliegt, nichts was zur Beseitigung der Zwietracht beitragen kann, unversucht zu lassen, erklärt der Kongreß hiermit seine Bereitwilligkeit zur Verständigung und Einigung, falls die Gruppen des andern Kongresses einen für alle Theile annehmbaren Beschluß in diesem Sinne fassen."

Auf diese Resolution die, wie oben bemerkt, dem Possibilistenkongreß durch die an beiden Kongressen theilnehmenden Italiener mitgetheilt wurde, antwortete das Bureau desselben durch folgenden Brief:

„Im Namen des auf Grund der Internationalen Kongresse von Paris und London 10 Rue de Lancry versammelten Internationalen Arbeiterkongresses theilen wir Euch folgende, gestern Abend von diesem Kongreß beschlossene Resolution mit:

Der Kongreß erklärt die Verschmelzung unter der Bedingung anzunehmen, daß die Prüfung der Mandate auf dem einzigen Kongresse vorgenommen werde. Es bleibt zugegeben, daß die Delegirten, deren Mandat bestritten wird, an den Kongreß appelliren können, der in letzter Instanz entscheidet."

Wohlgemerkt, es heißt da einzigen Kongreß, nicht vereinigten (unique, nicht uni). Wie das zu verstehen, geht aus folgendem Satz des „Parti Ouvrier" (Nr. 200 vom 19. Juli) hervor: „Das Prinzip der Verschmelzung ist (wie gnädig) genehmigt worden, aber die Delegirten des marxistischen Kongresses sollen ihre Mandate nach Nationalitäten auf dem einzigen Kongreß prüfen lassen." Mit anderen Worten heißt das Unterwerfung der Theilnehmer des Kongresses der Vereinigten Sozialisten unter das Diktat des Possibilistenkongresses.*)

Einmüthig war das Bureau des Ersteren der Ansicht, daß man so keine Vereinigung vollzieht und beschloß daher, den Brief der Possibilisten durch folgenden zu beantworten:

„An den Internationalen Arbeiterkongreß, 10 Rue de Lanwy.

Bürger!

Im Namen des, auf Grund der Beschlüsse der Kongresse von Bordeaux und Troyes und der Internationalen Konferenz in Haag, 42 Rue Rochechouart versammelten Internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses, theilen wir Euch folgenden von dem hierzu beauftragten Bureau in Bezug auf Euren Brief gefaßten Beschluß mit.

Nach der gestern von ihm gefaßten Resolution kann unser Kongreß nur der einfachen und rückhaltlosen Vereinigung beider Kongresse zustimmen. Da er keine Einschränkung gemacht hat und macht und keine Bedingungen stellt, so kann er auch keine akzeptiren.

Die italienische Delegation ist beauftragt, diese Mittheilung zu überbringen.

Für das Bureau:

Der Sekretär: Lavigne. Der Vorsitzende: Liebknecht.

Sechste Sitzung Mittwoch Abend halb 10 Uhr.

Vorsitzender Anseele (Gent). Der Saal ist zum Ersticken überfüllt. Bei Eröffnung der Sitzung theilt der Vorsitzende mit, daß der Vorschlag gemacht worden ist, unter den Delegirten eine Sammlung zu Gunsten der Hinterbliebenen der verunglückten Bergarbeiter von St. Etienne vorzunehmen und daß von Seiten der deutschen Delegirten als Zeichen der Brüderlichkeit die Summe von 1000 Franken für diesen Zweck gezeichnet worden sei, was mit donnerndem Applaus begrüßt wird. Es sind wieder eine ganze Anzahl Sympathietelegramme, darunter sehr viele aus Deutschland, eingegangen, die zur Verlesung gelangen. Ein Antrag deutscher Delegirter, das Bureau möge im Namen des Kongresses einen Kranz auf das Grab der gefallenen Kommunekämpfer niederlegen, wird mit einer wahren Beifallssalve aufgenommen und findet einstimmige Annahme. Es sind über 20 weitere Delegirte aus verschiedenen Theilen Frankreichs eingetroffen, so daß die Gesammtzahl der Delegirten auf 409 gestiegen ist.

Das Wort erhält nun P. Lawroff zu einem Bericht über den Sozialismus und die Lage der Arbeiter in Rußland. Von nicht endenwollendem Beifall begrüßt, beginnt der Veteran der russischen Freiheitsbewegung mit einer interessanten Skizze der Entwicklung Rußlands seit der Thronbesteigung Peter des Ersten, die grade zweihundert Jahre zurückdatirt, so daß das Jahr 89 auch für Rußland eine verhängnißvolle Bedeutung hat. Peter der Erste war ein leidenschaftlicher Anhänger europäischer Einrichtungen, aber er war zugleich ein Despot, und die Verdienste, die er sich um die Hereinziehung Rußlands in die Reihe der europäischen Staaten erwarb, verhinderten nicht, daß in dem eigenen Lande die Geister sich gegen ihn auflehnten, und daß am Ende seiner Regierung fast die gesammte öffentliche Meinung seines Landes gegen ihn in Opposition war. Aehnlich erging es seinen Nachfolgern. Die Anknüpfung engerer Beziehungen zu Europa hatten auf der anderen Seite auch die Folge, daß die modernen Ideen Europa's in Rußland ihren Einzug hielten. So die Ideen der französischen Revolution durch Offiziere der Napoleonischen Armee, die sich in Rußland niederließen und so später auf gleichen Wegen die Ideen der sozialistischen Schulen. Der St. Simonismus zählte seine Anhänger in Rußland, und einer derselben war der junge Alexander Herzen, später der Schriftsteller des ganzen freiheitsdürstigen Rußland. Eine ganz neue Literatur entstand, ein leidenschaftlicher Drang nach Wahrheit bemächtigte sich der Gemüther, insbesondere der russischen Jugend, und Tschernischewsky, der große Denker und Kritiker, wurde ihr geistiger Führer. Unter seinem Einfluß wuchs eine ganze Generation von begeisterten und zu den höchsten Opfern bereiten Kämpfern für die Freiheit und das Wohl des russischen Volkes heran. Desgleichen fand die Internationale großen Widerhall in Rußland. Aber die Bewegung war bis dahin nur eine solche der Intelligenz gewesen. Das Volk hatte ihr theilnahmslos gegenübergestanden. Mit dem Jahre 1873 änderte sich auch dies. Es begann die Vertheilung von Propagandaschriften, überhaupt die Propaganda im Volke. Alle Richtungen unter den russischen Sozialisten reichten sich in dieser Hinsicht brüderlich die Hände, so sehr sie sich — namentlich im Auslande — bekämpften. Bald konnte die Redaktion des in London erschienenen „Vorwärts" berichten, daß die revolutionäre Bewegung in 34 Gouvernements ihren Sitzung gehalten habe. Jedoch auch die Verfolgungen ließen nicht auf sich warten, die Kerker füllten sich, die Deportationen nach Sibirien hörten nicht auf.

Anfangs war die öffentliche Meinung in Rußland der revolutionären Jugend nicht ungünstig; noch 1877 sprach ein bürgerliches Geschworenengericht Vera Sassulitsch frei, die auf den Gouverneur Trepoff geschossen. Indeß wurden die Revolutionäre bald enttäuscht, der bürgerliche Liberalismus überließ den Kampf für seine eigenen Forderungen der revolutionären Jugend. Lawroff schilderte dann die beiden Hauptgruppen der Revolutionäre; die Partei des „Tschornu Peredjel", die sich vom Föderalismus zum Sozialismus entwickelt und sich durch Herausgabe vortrefflicher Propagandaschriften und kritische Arbeiten außerordentliche Verdienste erworben habe, sowie die Partei des „Volkswille „Narodnaja Wolja", die die russische Kommune als einen Hebel der Revolution und des Sozialismus betrachte, und die mehr die Partei des Kampfes gewesen sei. Die Ereignisse, die sich an die Thätigkeit dieser Partei knüpfen, sind bekannt. Immer stärker wurden die Verfolgungen, aber immer neue Gruppen von Kämpfern treten in die Reihen ein und trotz aller Hekatomben seien noch heute die Gruppen der Partei sehr zahlreich. Dieselbe stehe entschieden auf dem Boden des Sozialismus, die Prinzipien, die den heutigen Kongreß beseelen, beseelten auch sie. Als eine bemerkenswerthe Thatsache führt Lawroff die Organisation der russisch-jüdischen Arbeiter in New-York an, die ebenfalls auf dem Boden der Partei stehe und ein eigenes Organ, „Znamia" (die Fahne) besitze. Die russischen Sozialisten, schließt er, müssen erst die Bedingungen erkämpfen, die nothwendig sind, damit sich eine Arbeiterbewegung im Sinne des westlichen Europa in Rußland entwickeln kann, aber sie sind entschlossen, den Kampf mit allen Opfern, die er erfordert, auf sich zu nehmen, und ihn bis zum Ende durchzukämpfen.

Der Vortrag erntete großen Beifall. Leider knüpfte sich an ihn eine häßliche Szene. Einige Anarchisten, die gar keine Delegirten waren, hatten sich bei Beginn der Versammlung in die Mitte des Saales unter die Delegirten gedrängt, und durch lärmendes Gebahren allgemeinen Unwillen erregt, nachgerade trieben sie es aber so arg, daß sie mit Gewalt aus dem Saal entfernt werden mußten.

Petersen (Kopenhagen) theilt mit, daß zwei weitere Delegirte für Norwegen eingetreten sind, die den Arbeiterbund in Christiania vertreten.

Es erhält alsdann Jules Guesde das Wort zum Referat über den Stand der Bewegung in Frankreich. Auch er ward mit stürmischem Applaus begrüßt, den er für die Partei, die er vertrete, entgegennahm. Der französische Sozialismus, begann er, ist kein anderer als der deutsche, der dänische oder der Sozialismus irgend eines anderen Landes mit moderner Produktion. Man hat der Arbeiterpartei hier vorgeworfen, sie beziehe ihre Ideen aus Deutschland, dem Lande Bismarcks, aber sie betrachte das als keinen Vorwurf, sondern rechne es sich zum Verdienst an, mit ihren Brüdern jenseits der Grenzen auf gleichem Boden zu stehen. Es gibt nur einen Sozialismus, nur eine Fahne, die wir alle hochhalten: die rothe Fahne des Proletariats.

Guesde schildert nun die drei großen Gruppen, aus denen sich die französische Delegation des Kongresses zusammensetzt. Die Federation der französischen Syndikatskammern mit dem Sitz in Bordeaux, die Organisation des revolutionären Zentralkomitee (Blanquisten) und die Arbeiterpartei (Kollektivisten). Alle diese Organisationen vertreten im Grunde ein und denselben Gedanken, wie aus der Thätigkeit Vaillaints im Pariser Gemeinderath, aus dem Programm der Arbeiterpartei und den Resolutionen der Gewerkschaftskongresse von Lyon und Bordeaux hervorgeht. Die Gewerkschaften seien heute in Frankreich zahlreicher und stärker als je, die Zahl der der Federation angehörigen Organisationen beläuft sich auf 430. Freilich könne sich dieselbe, was Mitgliederzahl und Mittel betrifft, nicht mit den englischen Gewerkschaften messen, aber dafür sei die französische Gesetzgebung verantwortlich zu machen, die von dem Tage an, da die Bourgeoisie in Frankreich zur Herrschaft kam, d. h. seit der Revolution, deren Jubiläum die Bourgeoisie heute feiere, bis in die neueste Zeit hinein, die Organisation der Arbeiter als ökonomische Macht in jeder Weise erschwerte, soweit sie sie nicht ganz verbot. Die Arbeiterpartei und das revolutionäre Zentral-Komitee besäßen in allen größeren Zentren Frankreichs Organisationen. Doch er wolle die Arbeiterpartei nicht stärker darstellen als sie wirklich ist, das wäre ein Unrecht gegen die Freunde, ein Verbrechen gegen die Partei selbst. Dieselbe sei nicht entfernt so stark, wie die deutsche Sozialdemokratie, und die Ursache dieser geringeren Ausdehnung der Partei sei auch leicht zu finden. Frankreich ist jetzt eine Republik, und in weitesten Kreisen der Arbeiter habe man sich den weitgehendsten Illusionen in Bezug auf die republikanische Staatsform hingegeben. Erst in der neuesten Zeit fange sich das an, zu ändern. Nachdem eine bürgerliche Partei die andere abgelöst, keine aber, zur Macht gekommen, das gehalten, was sie versprochen, greife auch in Arbeiterkreisen die Erkenntniß mehr um sich, daß die Arbeiter die Wahrung ihrer Interessen nur von sich selbst, einer Partei ihrer eigenen Klasse, zu erwarten haben. Einmal zu dieser Erkenntniß gelangt, werden sich die Arbeiter von keinem Bourgeoispolitiker mehr irre führen lassen, ob er nun Boulanger heiße oder wie sonst immer (stürmischer minutenlanger Beifall). 1871 stand Paris in Frankreich fast allein, heute aber gibt es in Frankreich eine ganze Reihe Paris, ein Industriezentrum nach dem andern in der Provinz bilde sich zu einem solchen heraus. So werde, wenn es wieder zum Kampf kommen sollte, Paris diesmal nicht allein dastehen, wie das Pariser Proletariat alsdann nicht noch einmal ein Opfer seiner Leichtgläubigkeit und Befangenheit in Bourgeois-Ideen werde.

Im Namen von 145 Arbeitergruppen und 90 Syndikatskammern von Bordeaux und Marseille unterbreitet nun Guesde dem Kongreß eine Resolution, den Arbeiterschutz betreffend, die fast denselben Inhalt hat wie der Bebel'sche Vorschlag. Beide werden nach einem Beschluß des Kongresses dem Bureau zur endgiltigen Redaktion überwiesen.

Lafargue theilt mit, daß noch ein Delegirter aus Arles (Südfrankreich) eingetroffen sei, den die Possibilisten am Bahnhof abgefangen und in ihr Lokal geschleppt, dann aber, nachdem sie gemerkt, daß sein Mandat ein vollständiges Mißtrauensvotum gegen sie sei, schleunigst wieder fortgeschickt hätten.

Baillant berichtet dem Kongreß, daß die Possibilisten (nach dem oben geschilderten Briefwechsel) über die Vereinigungsfrage zur Tagesordnung übergegangen seien. Danach könne auch diesseits von Schritten in dieser Richtung nicht mehr die Rede sein. Die Italiener und Holländer, die zu beiden Kongressen Mandate besitzen, haben auf dem possibilistischen Kongreß gegen dessen Verfahren in dieser Sache entschiedenen Protest eingelegt.

Siebente Sitzung, Donnerstag 10¼ Uhr.

Vorsitzender Daumas, Gemeinderath von Paris. Telegramme sind eingelaufen aus Lübeck, Narbonne, Chemnitz.

William Morris (Berichterstatter für England) will keinen speziellen Bericht über die Lage der Arbeiter in England geben, weil dieselbe so ziemlich die gleiche sei, wie die der Arbeiter in andern Ländern, sondern nur einen Bericht über den Stand des Sozialismus in England. Bis vor sechs Jahren gab es so gut wie keine sozialistische Bewegung in England, die Reste der alten sozialistischen Bewegung waren so gut wie verschwunden oder in die allgemeine Whiggery (den bürgerlichen Liberalismus) aufgegangen. Das ist jetzt anders geworden, der Sozialismus hat einen starken Anhang unter den Arbeitern gewonnen, er ist ihre Hoffnung und die Furcht der Bourgeoisie, — letzteres bereits in dem Grade, daß die Bourgeoispolitiker sich selbst Sozialisten nennen, um ihren Anhang im Volk zu behalten. So that z. B. Herr W. Harcourt, derselbe, der seiner Zeit als Minister die Verfolgungen gegen Most in Szene setzte, im vorigen Jahr den charakteristischen Ausspruch: „we are now all socialists" — wir sind jetzt alle Sozialisten! Selbstverständlich lasse sich kein Sozialist durch solche Redensarten täuschen. Die sozialistische Bewegung in England sei noch vorzugsweise eine propagandistisch-aufklärende, die sozialistischen Redner entfalteten ihre Agitation an den Straßenecken, auf öffentlichen Plätzen, von Brunnen, den Postamenten von Denkmälern ꝛc. herab. Früher seien sie von den Arbeitern dabei oft unterbrochen und niedergezischt oder niedergeschrieen worden, jetzt ernteten sie oft den Beifall von Tausenden. Morris vermißt in den eingebrachten Resolutionen die Berücksichtigung des Landproletariats. In England bestehe kein wesentlicher Unterschied zwischen der Lage des Industriearbeiters und der des Arbeiters auf dem Lande, der ebensogut für die Bewegung gewonnen werden müsse wie der Erstere. Sehr erschwerend für die Agitation wirke der traditionelle Gang der englischen Politik, das Auf und Nieder der beiden großen bürgerlichen Parteien, die den Arbeitern immer gerade so viel hinwerfen, als sie für nöthig halten, dieselben an ihrem Sieg zu interessiren. Es gebe noch eine dritte bürgerliche Partei, die der Radikalen, aber dieselbe ist ziemlich bedeutungslos und werde es noch mehr sein, wenn die irische Frage in irgend einer Weise beigelegt sei. Die Sozialisten der Liga sind gegen die Theilnahme an den Wahlen ins Parlament, weil die von denselben zu erhoffenden Resultate in keinem Verhältniß zu den eventuellen Opfern ständen. Fast alle Arbeitervertreter im Parlament seien bisher dem korrumpirenden Einfluß desselben zum Opfer gefallen, die Haltung der Trades Unionsführer im Parlament sei eine klägliche. Aber es gebe noch andere Vertretungskörper, wo die Vertreter der Arbeiter ein Feld für eine ersprießliche Thätigkeit im Interesse ihrer Klasse fänden und leichter zu kontroliren wären. So z. B. die Provinzialverwaltungen (County Councils) und an den Wahlen zu diesen würden eventuell auch sie theilnehmen. — Er wiederhole, der Stand der Bewegung in England ist ein guter, nur sei dieselbe noch nicht gut organisirt, sonst müßte von Rechtswegen England auf diesem Kongreß so gut vertreten sein, daß der Saal für seine Delegirten allein nach zu klein sei. Jedenfalls glaube er die Hoffnung aussprechen zu können, daß auf einem kommenden sozialistischen Kongreß England unbedingt stärker vertreten sein werde als auf diesem. Er könne Guesde nicht zugestehen, daß dieser die erbärmlichste Bourgeoisie für Frankreich reklamire, die englische sei sicher noch erbärmlicher als die französische, denn zu allen Lastern der Letzteren geselle sich noch das der Heuchelei. Der Arbeiter aber gebe seinen Nationaldünkel immer mehr auf und lerne begreifen, daß er die gleichen Interessen habe wie sein Bruder auf dem Festlande. Zum Schluß gibt Morris einen Bericht über den Stand der sozialistischen Presse in England. Dieselbe bestehe aus mehreren Wochenblättern und einer Monatsrevue. Außerdem verbreite die Partei Flugblätter, Gedichte ꝛc. in großen Mengen unter den Arbeitern.

Raummangel zwingt uns, hier unseren Bericht abzubrechen und den Schluß desselben für die nächste Nummer zurückzulegen. Wir lassen für heute nur noch die wichtigsten der beschlossenen Resolutionen folgen:

Resolution Bebel-Guesde, vereinbart unter Mitwirkung von Keir, Hardie, W. Morris, Fürsprech Schetrer ꝛc.

„In Erwägung,

daß die kapitalistische Produktion in rascher Entwickelung nach und nach alle Länder der Welt erfaßt,

In Erwägung,

daß die kapitalistische Produktionsweise die steigende Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die herrschende Klasse bedeutet,

daß die immer intensivere Ausbeutung die soziale und politische Unterdrückung und Versklavung der Arbeiterklasse zur Folge hat, zu ihrer physischen und moralischen Degeneration führt,

daß es deshalb Pflicht und Aufgabe der Arbeiterklasse aller Länder ist, diese sie ruinirende und die freie Entwicklung der Menschheit bedrohende Gesellschaftsorganisation mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen,

daß es sich aber in erster Linie darum handelt, der weiteren verheerenden Wirkung der herrschenden Wirthschaftsordnung entgegen zu arbeiten,

beschließt der Kongreß,

I. Die Schaffung einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung für alle Länder mit moderner Produktion ist eine unabweisbare Nothwendigkeit.

Als Grundlage derselben betrachtet der Kongreß:

a. den achtstündigen Normalarbeitstag;

b. Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen von 14 bis 18 Jahren auf sechs Stunden pro Tag;

c. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;

d. Ausschluß der Frauenarbeit in allen, den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben;

e. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;

f. Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit in der Woche;

g. Verbot solcher Industrien und solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädlich sind;

h. Aufhebung des Trucksystems;

i. eine alle industrielle Betriebe, einschließlich der Hausindustrie, umfassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

II. Der Kongreß erklärt es für nothwendig, alle diese Maßregeln durch Gesetz, bezw. durch internationale Verträge sicher zu stellen und fordert die Arbeiterklasse aller Länder auf, in der ihnen am Geeignetsten erscheinenden Weise für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten und ihre Durchführung zu überwachen.

III. Der Kongreß erklärt es für die Sache der Arbeiter aller Länder, die schweizerische Republik in ihren Schritten für eine Konferenz der Regierungen behufs Vereinbarung internationaler Verträge über den Arbeiterschutz nachdrücklich zu unterstützen.

Bebel. Guesde.

Amendement Bebel hierzu:

IV. Außerdem erklärt der Kongreß: Es ist Pflicht aller Arbeiter, die Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitkämpferinnen anzusehen und dem Grundsatz

Gleichen Lohn für gleiche Leistung

auch in Bezug auf die Arbeiterinnen Geltung zu verhelfen.

*) Auch die Londoner „Justice" schreibt, daß die Engländer, Dänen (!) die Franzosen ꝛc. nur für die Vereinigung „auf Grund genauer Prüfung der Mandate der Marxistischen Delegirten waren." Die Insulte war also — wenigstens von Seiten der Macher — **beabsichtigt.** Bemerkt sei hierbei, daß obwohl die Dänen Jensen und Schaubу sich soweit vergaßen, sich auf dieses falsche Spiel der Herren Possibilisten einzulassen, die Majorität dafür doch nur dadurch erzielt wurde, daß der Possibilist Paulard als „die Schweiz" und einige in Paris lebende österreichische Arbeiter ohne Mandat als „Oesterreich" aufmarschirten.

V. Als ein wesentliches, zum Ziel führendes Mittel hierfür, wie für die Verwirklichung der Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse überhaupt erachtet der Kongreß die Organisation der Arbeiterklasse in jeder möglichen Weise und fordert deshalb

Volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit.

* * *

Antrag **Lavigne-Bordeaux** (gestellt im Auftrage des Komite's des Nationalverbands der Syndikatskammern und Fachgewerkschaften der französischen Arbeiter):

1. Es möge eine große einheitliche Manifestation der Arbeiter aller Länder derart veranstaltet werden, daß an dem nämlichen, vereinbarten Tag in allen Ländern, bezw. allerorts die Arbeiter die Vertreter der herrschenden Gewalt auffordern, die gesetzliche Dauer des Arbeitstages auf acht Stunden zu beschränken.

2. In Erwägung, daß eine ähnliche Manifestation von dem im Dezember 1888 stattgehabten Kongreß der amerikanischen Federation der Arbeit für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, dieses Datum für die internationale Manifestation zu bestimmen.

3. In jedem Lande sollen die Arbeiter die Manifestation in der Weise veranstalten, welche die Gesetze und Verhältnisse daselbst bedingen, bezw. ermöglichen.

Eine Resolution von W. Morris, amendirt von J. Guesde (eine sozialistische Prinzipienerklärung), eine Resolution mit Bezug auf den dritten Punkt der Tagesordnung (Mittel und Wege, die Forderungen des Kongresses zu verwirklichen), eine Resolution über die allgemeine Abrüstung, bezw. die Abschaffung der stehenden Heere ꝛc. folgt ebenfalls in nächster Nummer. Ebenso die Liste der Delegirten.

Der Possibilisten-Kongreß,

der in 10 Rue de Lancry tagte, war von 606 Delegirten besucht, und zwar von 524 Franzosen und 82 Ausländern. Die große Zahl der französischen Delegirten erklärt sich daraus, daß jeder Verein das Recht hatte, drei Delegirte zu entsenden, und auch fast alle, wie aus der im „Parti Ouvrier" veröffentlichten Liste hervorgeht, von diesem Rechte Gebrauch gemacht haben.

Nach einem offiziellen Bulletin vertreten diese Delegirten:

A. **Frankreich:** 252 Delegirte für 52 Pariser Syndikatskammern und 52 Delegirte für 46 Syndikatskammern in der Provinz,

220 Delegirte für 50 Pariser und 24 auswärtige Studienvereine ꝛc.

B. **Ausland:** Belgien 8 Delegirte, Holland 2 Delegirte, Italien 12 Delegirte und Dänemark 2 Delegirte.

Diese vier Länder haben bekanntlich beide Kongresse beschickt und waren auf dem Kongreß der Vereinigten Sozialisten in gleicher Stärke vertreten.

Spanien: 5 Delegirte, sämmtlich für Fachvereine in Barcelona.

Portugal: 3 Delegirte, darunter der Pariser Possibilist André-Gely, der nach Spanien und Portugal geschickt worden war, um Anhänger für den Possibilisten-Kongreß zu werben.

Polen: Ein Delegirter.

Oesterreich-Ungarn: 6 oder 7 Delegirte, die 67 Vereine und 35 Städte vertreten sollen. Die Namen der Delegirten verschweigt der Bericht, „um ihnen jede Verfolgung von Seiten der Regierung ihres Landes zu ersparen." Merkwürdig! Die österreichischen und ungarischen Delegirten auf dem Kongreß der Vereinigten Sozialisten haben sich durchaus nicht gescheut, ihre Namen der Oeffentlichkeit zu übergeben, und die Genossen Adler, Hybes, Pokorny ꝛc. erfreuen sich doch, wie Jeder weiß, keineswegs von Seiten der österreichischen Polizei besonderer Schonung. So müssen wohl andere Gründe dafür maßgebend gewesen sein, vielleicht dieselben, welche die Organisationen, die diese Delegirten vertreten sollen — z. B. „Arbeiterverband von Oberösterreich und Salzburg", „Arbeiterverband von Böhmen, Mähren und Schlesien" ꝛc. — selbst den Arbeitern und Sozialisten dieser Distrikte als — böhmische Dörfer erscheinen lassen.

Schweiz: 3 Delegirte, bestehend aus einem Pariser Possibilisten und 2 in Paris lebenden italienischen Studenten.

Vereinigte Staaten: 4 Delegirte. Dieselben sollen 200,000 Arbeiter vertreten. So behauptet der Bericht der Possibilisten. Zur Ehre der Delegirten müssen wir hinzufügen, daß sie selbst nichts dergleichen behauptet haben, sondern ausdrücklich festgestellt haben, daß zwei von ihnen nur Distrikts-Organisationen der Arbeitsritter bezw. der Federation of Labor in Columbia vertreten. Der dritte von ihnen vertritt einen deutschen (?) Arbeiterverein in Washington und der vierte endlich war nichts als ein Schreiber des Präsidenten der Federation of Labor, der an beide Kongresse Sympathie-Adressen überbrachte.

England 39 Delegirte, darunter 15 von der Sozialdemokratischen Federation, 5 von sonstigen politischen ꝛc. Vereinen und 19 von englischen Gewerkvereinen (darunter 5 größere Verbände). Warum diese den Possibilistenkongreß beschickt, wissen unsere Leser.

Zieht man von der ganzen Delegation die Vertreter der englischen Gewerkschaften und derjenigen Länder ab, die im Interesse der Vereinigung beide Kongresse beschickten, so stellt sich uns ein Bild dar, das im schreienden Gegensatz steht zu der Reklame, welche die Herren Possibilisten durch die zu ihrer Verfügung stehenden Bourgeoispresse über ihren Kongreß in die Welt geschickt, und zeigt, wie wenig der Hochmuth berechtigt war, mit dem sie dem Nachbarkongreß gegenübertraten.

Ueber die Beschlüsse dieses Kongresses ebenfalls in nächster Nummer.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 24. Juli 1889.

— Ein Genosse schreibt uns:

Daß die Bedeutung des Internationalen Arbeiterkongresses weniger in den gehaltenen Reden und den gefaßten Beschlüssen besteht, als vielmehr, wie das auch gleich zu Anfang von einem Redner hervorgehoben wurde, in der Thatsache des persönlichen Zusammenkommens der Arbeitervertreter aller Nationen, namentlich der Deutschen und Franzosen, das haben die Feinde der Arbeitersache und des Friedens auch sehr wohl begriffen und darum geben sie sich alle erdenkliche Mühe, entweder die Arbeiten des Kongresses ins Lächerliche zu ziehen oder zu verläumden — oder, was namentlich von einem Theil der französischen Presse gilt: die Verschwörung des Todtschweigens zu organisiren.

Bemerkenswerth ist, daß die gesammte Presse der internationalen Reaktion für die Possibilisten Partei ergreift. Wenn man bedenkt, daß diese Leutchen, obgleich sie bei jeder Gelegenheit das Wort: „Revolution" im Munde führen, im Grunde zahme Philister sind, die auf dem Boden des heutigen Produktionssystems durch Gewerkschaften, Einigungsämter und andere ähnliche Einrichtungen die Lage der Arbeiter zu verbessern bestrebt sind, an den Ursachen des herrschenden Elends aber möglichst vorübergehen, so kann man sich über diese Parteinahme nicht wundern.

Interessant ist, daß die deutsche Reptilpresse die Possibilisten für Lassalleaner erklärt und dadurch die deutschen Arbeiter zu verwirren sucht. Man lese nur nachstehenden Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz":

„Am 15. Juli ist in Paris ein Sozialisten-Kongreß zusammengetreten, zu dem die Sendboten aus aller Herren Ländern zusammenkommen werden. Eigentlich ist es ungenau, wenn man von einer solchen Versammlung spricht, denn thatsächlich werden zwei zu gleicher Zeit tagen, nämlich die Anhänger der Marxschen, anarchistischen, und die der Lassalle'schen, sozialistischen Richtung, werden in von einander getrennten Räumen in Paris ihre Berathungen abhalten. Aber man glaubt, daß diese beiden Parteigruppen sich schließlich zu einer verschmelzen werden, obschon sie gegenwärtig noch mit einander in Feindschaft leben. Zu den Marxisten gehören die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie„ die sich in ungewöhnlich großer Anzahl, man rechnet 70 bis 85, einfinden werden. Diese starke Betheiligung der deutschen Sozialdemokratie an einem Kongresse, welcher der Natur der Verhältnisse nach ganz vorwiegend unter französischer Leitung stehen muß, legt Zeugniß davon ab, wie stark gegenwärtig die internationale Richtung in der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der mehr nationalen Lassalle'schen überwiegt. Die deutschen sozialdemokratischen Führer versprechen sich offenbar von diesem Kongreß und den dabei unvermeidlichen Kundgebungen eine starke Wirkung. Der wirkliche Schwerpunkt der Pariser Kongresse wird wohl in den Verhandlungen über die internationale Aktion und Organisation liegen, worüber freilich schwerlich viel in die Oeffentlichkeit dringen wird. Auf alle Fälle muß diese Massenwanderung deutscher Sozialdemokraten nach Paris als ein neues Zeichen der in diesem Lager gegenwärtig herrschenden Regsamkeit und des besonderen Werthes, der gerade auf den internationalen Zusammenschluß dieser ganzen Bewegung gelegt wird, betrachtet werden. Liebknecht hat, nach einer neuesten Pariser Meldung, diese internationale Zusammengehörigkeit auch bereits in der ersten Versammlung betont: „Die Arbeiterschaft Deutschlands und Frankreichs vereinige sich in dem Kongresse, der nicht ein Kongreß von Ideologen, sondern ein Allianzpakt sei."

Also die Possibilisten sind Lassalleaner; und die Lassalleaner sind gute, nationalgesinnte Kinder, mit denen sich reden läßt, während an den „anarchistischen" internationalen Sozialdemokraten Hopfen und Malz verloren ist. Und in letzterer Beziehung haben die Reptilien allerdings Recht.

Natürlich sind alle Versuche, die Bedeutung des Kongresses herabzusetzen, vergeblich; im Gegentheil: diese Bedeutung wird von Tag zu Tag mehr hervortreten, und ganz wesentlich zur Vereitelung der chauvinistischen Kriegspolitik beitragen.

Auf dem Bankett, welches die Kongreßtheilnehmer nach gethaner Arbeit vereinigte, herrschte die gehobenste Stimmung und der Toast Liebknechts auf die Allianz der Völker und Proletarier wurde mit einer stürmischen Begeisterung aufgenommen, welche den Beweis lieferte, daß es den Vertretern des arbeitenden Volkes ernst ist mit dem „Allianzpakt."

— Am 18. und 19. Juli versammelten sich in einem Lokale der Rue Jean Jacques Rousseau Bergarbeiter-Delegirte aus beiden Internationalen Kongressen zu einer **Internationalen Bergarbeiter-Konferenz.** Den Vorsitz führte der englische Delegirte Fenwick, Parlamentsmitglied, als Sekretär fungirte Derner, Brüssel, und als Dolmetscher Frl. E. Simcox, Frau G. Schack und Ed. Bernstein. Nachdem man gegenseitig über die Lage und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern und Distrikten Bericht erstattet, wurde beschlossen, Schritte zu thun, um in nicht allzuferner Zeit eine große Internationale Bergarbeiter-Konferenz zu veranstalten. Inzwischen sollen in den einzelnen Ländern die Kameraden ihr Möglichstes aufbieten, die bestehenden Organisationen weiter zu entwickeln, und dafür zu sorgen, daß da, wo noch keine bestehen, solche geschaffen werden, und für die Schaffung großer nationaler Verbände zu wirken.

Als interessant für unsere Leser bemerken wir noch, daß von zwei oder drei Delegirten abgesehen, sämmtliche französische Bergarbeitervertreter (darunter Basly) Delegirte des Kongresses der Vereinigten Sozialisten waren.

— **Unter dem Titel „Gesandtschaftswesen"** schreibt der Basler „Arbeiterfreund":

„Ein Bundesstadtkorrespondent, der sich meist den Anschein gibt, mehr als Andere hinter die Koulissen zu blicken, hat gemeldet, man empfinde im Bundesrath immer bestimmter das Bedürfniß, auch an den Höfen von Petersburg und London durch Gesandte vertreten zu sein. „Wir bezweifeln das," schreibt der Winterthurer „Landbote", „Angesichts des augenscheinlich so geringen Nutzens, den uns das Vorkommen eines schweizerischen „Ministeriums" in Berlin in jüngster Zeit gebracht. Steht man gut mit einer auswärtigen Regierung, so hat die Gesandtschaft wenig zu bedeuten, und kehrt sich das Blatt, so ist es nicht gerade nöthig, mit ziemlichen Kosten eine besondere Stelle zum Empfangen von Ohrfeigen zu unterhalten."

„Ganz richtig. Es war überhaupt für die Schweiz, nicht blos finanziell, sondern weit mehr politisch ein großer Fehler, daß sie jemals das Gesandtschaftswesen den monarchischen Staaten nachgeäfft hat. Am richtigsten wäre es für unser Land, die ganze Institution aufzuheben. Wir wären dann nicht mehr in so hohem Grade an die heuchlerischen diplomatischen Formen im Verkehr mit anderen Ländern gebunden. Beispielsweise im vorjährigen Konflikt zwischen Deutschland und der Schweiz, anläßlich der Lockspitzelenthüllungen durch Bebel und Singer im Reichstag, gestützt auf das Zeugniß von Polizeihauptmann Fischer, hat uns die Gesandtschaft in Berlin blos geschadet. Statt daß der schweiz. Gesandte, Hr. Roth, als ihn der junge Bismarck schnöde behandelte, demselben als stolzer Republikaner energisch entgegengetreten wäre, gab er klein bei, und als gar seine Gemahlin an einer Hoffestlichkeit vernachlässigt wurde und sich schier darob zu Tode grämte, kannte seine Nachgiebigkeit bald keine Grenzen mehr. Der Bundesrath wurde von ihm bearbeitet, bis er sich endlich entschloß, unter der lumpigsten Begründung von der Welt vier Ehrenmänner des Landes zu verweisen. Und seither ist er auf der abschüssigen Bahn der politischen Polizei ganz bedenklich weiter gerutscht. Damit wollen wir nicht sagen, daß wir mit der Zeit die politische Polizei, diesen großen Schandfleck der Republik, nicht erhalten hätten. Denn unsere Bundesväter sehnten sich im Grunde ihres Herzens schon lange darnach, sie müßten keine Bourgeois sein; nicht die ausländische, sondern die einheimische Sozialdemokratie war ihnen schon längst ein Dorn im Auge. Allein würde sich unser Gesandte in Berlin tapferer gehalten haben, oder noch besser, hätten wir dort gar keine Gesandtschaft besessen, so wäre der Bundesrath nicht so sehr den traurigen Einflüssen der deutschen Regierung erlegen, sondern er hätte ihren schändlichen Anforderungen wohl einen energischen und länger andauernden Widerstand entgegengesetzt.

„Also fort mit unseren Gesandtschaften im Auslande, welche blos unser freies republikanisches Leben vergiften. Dazu gehörte allerdings auch, daß gewisse Bundesräthe nicht so oft bei den fremden Gesandten in Bern antichambriren, d. h. auf Schweizerdeutsch, den Hausknecht vor ihnen spielen; denn so werden die Gesandten der auswärtigen Mächte blos verwöhnt und zu den maßlosesten Begehren förmlich ermuthigt. Das diplomatische Wesen hat noch zu allen Zeiten den Völkern zum Verderben gereicht."

So unser schweizerischer Kollege. Was er von den Schmerzen der Frau Roth in Berlin erzählt, klingt ja recht erbaulich, aber keineswegs unwahrscheinlich. — Es wäre ja nicht das erste Mal, daß man das Geheimniß diplomatischer „Erfolge" bei der Frau zu suchen hätte. Ja, wenn es unter den Männern nicht so viel — Weiber gäbe!

Jedenfalls ist der Schlußsatz des „Arbeiterfreundes" nur zu berechtigt. Fort mit dem diplomatischen Schwindelkram, dieser verhängnißvollen Erbschaft des alten Regimes!

— Die **Antwortnote des Schweizerischen Bundesraths** auf die tölpelhaften Angriffe Bismarcks gegen das Asylrecht und die Asylrechtspraxis in der Schweiz ist, soweit es sich um die Zurückweisung der Bismarck'schen Verdrehungen handelt, ziemlich kräftig gehalten. Wir lassen hier einige ihrer bemerkenswerthesten Stellen folgen.

„Nachdem der — übrigens fast überflüssige — Beweis geliefert worden, daß der Niederlassungsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz jedem beider Länder wohl das Recht gegeben habe, von den Einwanderern aus dem andern Lande ein Leumundszeugniß zu fordern, nicht aber ihm eine solche Einforderung als Verpflichtung auferlegen wollte, heißt es weiter:

Wir können unter solchen Umständen nur unser Befremden darüber ausdrücken, wenn heute behauptet wird, es habe schon 1876 die kaiserliche Regierung Werth darauf gelegt, durch die Bestimmungen des Niederlassungsvertrags die Schweiz daran zu hindern, deutschen Unterthanen, welche mit dortigen Behörden nicht im Frieden leben, Aufnahme zu gewähren. Hat diese Absicht damals wirklich bestanden, so muß sie geheim geblieben sein, denn der deutsche Bevollmächtigte hat dieselbe nicht ausgesprochen, und im Artikel 2 des Vertrages findet sie sich nicht niedergelegt. Eine solche Absicht würde übrigens dem Geiste des Vertrages widersprechen, der nicht die Erschwerung, sondern die Erleichterung der Niederlassung zum Zwecke hat und zu diesem Behufe den beiderseitigen Angehörigen das größtmögliche Maß von „Rechten und Vortheilen" (Artikel 3 und 6) zugesichert hat. Wir müssen daher den Vorwurf zurückweisen, als hätten wir Bestimmungen des Vertrages vom 27. April 1876 nicht beobachtet, und der kaiserlichen Regierung entschieden das Recht absprechen, diesen Vertrag als hinfällig zu erklären, weil er von unserer Seite nicht erfüllt worden sei.

Es wird alsdann sehr treffend auf die ganze Nutzlosigkeit der Leumundszeugnisse hingewiesen, da ehrlichen Leuten damit zwar eine schwere Belästigung angethan wird, während allerhand Schurken (Lockspitzeln z. B.) es leicht hält, sich solche polizeiliche Dokumente zu beschaffen:

„Wir müssen endlich bemerken, daß unsere kantonalen Polizeibehörden wohl daran thun, mit Bezug auf Ausweisschriften von Fremden strenge zu verfahren, um das Eindringen zweideutiger Elemente, welche so leicht zu einer Last und Gefahr für uns und unser Land werden, zu verhindern. Diese Erwägung war es auch, welche uns bei Abfassung des Vertrages vom 28. April 1876 geleitet hat, ohne Leumundszeugnissen allzu große Bedeutung beizumessen. Da diese Papiere oft unter Umständen ausgestellt werden, welche ihnen jede Glaubwürdigkeit benehmen — kommt es doch vor, daß anarchistische und revolutionäre Subjekte (!) schlimmster Sorte im Besitze von Heimathschriften und Leumundszeugniß sich befinden und in Folge dessen arglos aufgenommen werden — so sind wir doch im eigenen Interesse weit entfernt, auf diese Garantie verzichten zu wollen, und wir nehmen gern Akt davon, daß künftig unsere kantonalen Behörden mit noch größerer Strenge auf die Leistung dieses Ausweises werden bestehen dürfen, ohne gewärtigen zu müssen, daß die kaiserliche Regierung selbst sich für Einschlagung eines milderen Verfahrens in Ausführung der besagten Vertragsbestimmung verwende.

Zum Schluß heißt es dann, den Rechtsstandpunkt der Schweiz nochmals präzisirend:

Der Unterzeichnete hofft, der Herr Reichskanzler werde aus Vorstehendem die Ueberzeugung schöpfen, daß der schweizerische Bundesrath niemals die ihm zugeschriebene Absicht gehegt hat, weder die Zulassung Deutscher in der Schweiz von dem Placet der kaiserlichen Regierung abhängig zu machen, noch das entsprechende Gegenrecht gegenüber den in Deutschland sich niederlassenden Schweizern für sich in Anspruch nehmen. Mag es auch richtig sein, wie der Erlaß vom 26. Juni ausführt, daß jeder internationale Vertrag, sowohl er überhaupt Pflichten und Rechte gewährt, eine Beeinträchtigung der unbeschränkten Freiheit in Ausübung der Souveränetätsrechte enthält, so ist doch nicht minder gewiß, daß es Souveränetätsrechte gibt, deren freiwillige Einschränkung auf dem Wege internationaler Abmachungen die Schweiz niemals zugegeben hat und nun und nimmer zugeben wird, und zu diesen Rechten gehört, wie die ganze Geschichte unseres Landes beweist, die Ausübung des Asylrechts. Es handelt sich da um Grundsätze, welche wir nicht preisgeben können, und welche, wir glauben dies hier betonen zu sollen, auch bei etwaigen Unterhandlungen behufs Abschlusses eines neuen Niederlassungsvertrages mit Deutschland für uns maßgebend sein werden. . . . Der schweizerische Bundesrath hegt die Zuversicht, mit vorstehenden Auseinandersetzungen die kaiserliche Regierung vollständig beruhigt und davon überzeugt zu haben, daß für sie keine Veranlassung vorliege, außerordentliche, den Interessen beider Staaten zuwiderlaufende Maßregeln zu ergreifen. Wir bestehen um so mehr mit Festigkeit darauf, daß unsere Rechte geachtet werden, weil wir den festen Willen haben, unsere internationalen Verpflichtungen getreu zu erfüllen, und zwar namentlich auch dem Deutschen Reiche gegenüber, mit welchem wir immer die besten Beziehungen zu unterhalten bestissen waren."

Gut gegeben. Die revolutionären „Subjekte" hätte sich der Bundesrath der Republik allerdings sparen können. Oder sollte das auch wieder eine Umschreibung sein für Lockspitzel?

— **Eine Tendenzlüge angenagelt.** Wir lesen im „St. Galler Stadtanzeiger":

„Dementi. Am 27. Juni erschien in der „Frankf. Ztg." eine Korrespondenz aus Bukarest, derzufolge dort ein Russin, die an einem von russischen Flüchtlingen in der Schweiz geplanten Attentat gegen den Zaren betheiligt gewesen, sich selbst das Leben genommen habe. Das Gerücht breitete sich bald über alle Welt aus, auch die meisten Schweizer Blätter brachten die betreffende Notiz und zwar ohne Kommentar, als ob sie selbst die Nachricht glaubhaft fänden. Wir zweifelten nicht daran, daß das wieder so ein Schwindel ist, wie er schon tausendfach verbreitet wurde, um die Schweiz als Mördergrube hinzustellen und dadurch das Asylrecht zu gefährden. Wir übergingen daher auch diese Denunziation eines „reichstreuen" Bukarester Reporters mit Stillschweigen. In der That dementirt nun der Bundesrath dieses Gerücht auf Grund eines bezüglichen Berichts des schweizerischen Generalkonsuls in Bukarest und einer Erklärung der dortigen Staatsanwaltschaft. Das Komplot ist eine Erfindung und die Selbstmörderin hat in der Schweiz gar nie gewohnt."

Wir freuen uns, daß hier endlich einmal der Katze die Schelle angehängt wurde. Unzähligemale haben wir schon von diesen Schwindelnotizen über nihilistische Ungeheuerlichkeiten gewarnt, unzählige Male den Unfug gerügt, daß gerade demokratische oder sonst als unabhängig geltende Blätter sich aus Wichtigkeitsthuerei zu ihrer Beförderung und — andere Blätter aus Gedankenlosigkeit zu ihrer Weiterverbreitung hergeben. Und doch ist das immer wieder von Neuem geschehen, trotzdem es selbst dem Blindesten klar sein muß, wem allein diese Schauermärchen zu Gute kommen. Immer wieder wurden sie mit Behagen aufgenommen, immer wieder mit Seelenruhe abgedruckt. Da ist es geradezu ein Glück, daß eine Staatsbehörde einmal in der Lage war, durch eine solche Schwindelei unangenehm berührt zu werden und daher amtlich Nachfrage hielt. Jetzt werden die, die es angeht, hoffentlich etwas vorsichtiger sein, wenn künftig ihnen Enten dieser Gattung zugeflogen kommen.

— **Verbrechen, die in Deutschland nicht bestraft werden.** Wir lesen in deutschen Blättern: „Eine Untersuchung wegen Wahlfälschung, welche seit etwa drei Jahren gegen den Lehrer Junghänel in Burkhardtsgrün bei Schneeberg in Sachsen und einige andere dortige Einwohner schwebte, ist laut einer Mittheilung der Staatsanwaltschaft zu Zwickau eingestellt worden. Bei der Reichstagsnachwahl des Jahres 1886, bei welcher im Wahlkreise Stollberg-Schneeberg an Stelle des konservativen Abg. Ebert der Sozialdemokrat Geyer gewählt wurde, waren in Burkhardtsgrün 53 Stimmzettel gezählt worden, von denen 50 auf den Kandidaten der „Ordnungsparteien" Zschierlich und 3 auf Geyer lauteten. Burkhardtsgrün hatte insgesammt 53 stimmberechtigte Wähler, und es mußten sonach alle gewählt haben. Nun behaupteten aber 8 Wähler, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht zu haben, und 6 davon bestätigten auch diese Behauptung vor Gericht. Die Sache war beinahe in Vergessenheit gerathen, als vor wenigen Wochen das „Erzgeb. Tagebl." wieder daran erinnerte. Eine erneute Beschwerde hat zur Folge gehabt, daß den Beschwerdeführern eröffnet wurde, es liege auch für die Bezirksschulinspektion kein Anlaß vor, gegen Junghänel disziplinarisch einzuschreiten, zumal seit jener Zeit drei Jahre verflossen seien. Warum die Staatsanwaltschaft nicht rechtzeitig eingeschritten ist, darüber liegen leider keine Gründe vor."

„Gründe" genug, aber keine Begründung! Fälschung und Betrug sind erlaubt, sind verdienstvoll, wenn es sich darum handelt, die Stimme der Partei der Besitzlosen, der Sozialdemokraten, zu unterdrücken. Da wird der Staatsanwalt blind, die „Gerechtigkeit" sieht nicht nur nicht die Persönlichkeit des Thäters, sie sieht überhaupt weder den Thäter, noch die That.

Und da klagt man die Sozialdemokraten der „Untergrabung des Rechtsgefühls" an!

— **Eine Abtrünnige.** Der in Oelde (Westfalen) erscheinende „Glaubensbote" bringt folgende Mittheilung: „In Hofkreisen ist längst bekannt, daß die Kaiserin Augusta unmittelbar nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. zum Katholizismus übergetreten ist. Ihr Hofmarschall, Graf Nesselrode, ein eifriger Sohn der katholischen Kirche, sowie Fürst

Anton Radziwill haben als Zeugen bei ihrer Ablegung des katholischen Glaubensbekenntnisses und der darauf folgenden Aufnahme in den Schoß der katholischen Kirche fungirt."

Der Berliner „Volkszeitung" kommt die Nachricht unglaubwürdig vor. Uns nicht. Wer zwei Menschenalter hindurch die Wirthschaft am Berliner Hof mitansehen mußte, warum sollte der nicht vor Ekel — es muß ja nicht immer Aerger sein — katholisch werden können?

— **Muß gar keine üble Leistung sein.** Der Reichsmonitor in Berlin veröffentlicht das auf Grund des Sozialistengesetzes erlassene Verbot einer in Amsterdam von Jan Waterstaat gedruckten und verlegten Flugschrift, betitelt: „Die Verpreußung Deutschlands durch die Hohenzollern, von H. Massenbach, Hauptmann außer Dienst."

Auch an dieser sind natürlich die „radikal-sozialistischen Regierungsräthe" von Aargau und Basel schuld, bemerkt zu dieser Meldung der St. Galler „Stadt-Anzeiger."

Kann uns ein Leser die Schrift verschaffen?

— **Ein recht nettes Geständniß**, lesen wir in der „New-Yorker Volksztg.", entschlüpft dem Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" in Zanzibar, einem gewissen Hugo Zöllner. Dieser Mann schreibt an das rheinische Blatt:

„Durch „Onkel Tom's Hütte" und andere sensationelle Erzählungen sind wir einigermaßen daran gewöhnt, die Sklaverei als den Inbegriff aller Scheußlichkeit anzusehen. Es bedarf also schon eines längeren Aufenthaltes in tropischen Sklavenländern, um uns zu überzeugen, daß, so verwerflich auch die Sklavenjagden sind, die im heutigen Afrika übliche Form der Sklaverei nichts weiter als eine von der europäischen verschiedene, und zwar in mancher Hinsicht mildere Form der Arbeitsleistung ist. Mehr als neun Zehntel aller Sklaven von Zanzibar oder von Kamerun würden, wenn man ihnen die Freiheit anböte, die sorgenlose Sklaverei vorziehen. Wer ehrgeizig ist — und thatsächlich sind es blos die Ehrgeizigen, die sich loskaufen — kann, so wie in Zanzibar oder in Kamerun die Verhältnisse liegen, bei mäßiger Energie unschwer den zum Loskauf benöthigten Privatbesitz ansammeln. Gibt es doch ebenso wie in Kamerun auch in Zanzibar der Sklaven nicht wenige, die selbst wieder Sklaven halten. Das Loos unserer deutschen oder gar (!) der englischen Fabrikarbeiter würde wohl kein einziger dieser angeblich so beklagenswerthen Sklaven gegen sein eigenes einzutauschen gewillt sein. Es ist mir noch kein urtheilsfähiger Forscher vor Augen gekommen, der nicht bei längerem Aufenthalt in tropischen Sklavenländern eine von der in Europa herrschenden gänzlich verschiedene Ansicht über die Sklaverei gewonnen hätte."

Die afrikanische Sklaverei, bemerkt dazu die „Volksztg.", ist also der europäischen „Form der Arbeitsleistung" — dem Lohnsystem — vorzuziehen. Sieh' da, welches Eingeständniß! Um es erklären zu können, muß man im Auge haben, daß der „Kreuzzug" gegen die Sklaverei, der da von pfäffisch-junkerlicher Seite in Europa inszenirt wurde, schon bei der Geburt verunglückt ist. Es bleibt eben für die weißen Eindringlinge in tropischen Ländern gar nichts anderes übrig, als die Sklaverei zu benützen, wenn sie Halt haben wollen. Denn freiwillig begeben sich die Eingebornen nicht in die Lohnsklaverei. Die Deutschen in Zanzibar halten selber Sklaven und müssen es. Daher muß jetzt abgewiegelt und das System herausgestrichen werden, und daher dieses Eingeständniß, welches zugleich einmal das Loos der weißen Lohnarbeiter ins rechte Licht stellt."

— **Das Bureau für Arbeitsstatistik des Staates Wiskonsin** — schreibt der „Anzeiger des Westens" — hat eine statistische Zusammenstellung der Kaufkraft der Arbeit in verschiedenen Ländern veranstaltet. Es soll damit bewiesen werden, daß der Arbeiter in Amerika den verhältnißmäßig reichsten Ertrag aus seiner Arbeit erzielt. Folgende Tabelle möge die Art und Weise dieser statistischen Zusammenstellung illustriren. Sie zeigt, wieviel Brod, Rindfleisch, Schweinefleisch oder Butter für den Lohn der zehnstündigen Arbeitszeit eines Schmieds gekauft werden kann, je nach dem Preise jener Produkte an den verschiedenen Plätzen. Bezeichnet man die Menge jener Produkte in Wiskonsin mit 100, so stellt sich die für dasselbe Geld käufliche Menge Brod, Fleisch, Schweinefleisch und Butter in

	Brod.	Fleisch.	Schwfl.	Butter.
London, England	120	$64\frac{1}{4}$	$68\frac{3}{4}$	55
Koblenz, Deutschland . . .	75	$39\frac{1}{4}$	$31\frac{1}{4}$	35
Montpellier, Frankreich . .	$78\frac{3}{4}$	$33\frac{1}{2}$	34 3/5	39 3/5
Nimes	$78\frac{3}{4}$	$43\frac{3}{4}$	38 9/32	$46\frac{1}{4}$
Lille	83 9/32	59 3/5	34 3/5	$32\frac{1}{4}$
Gent, Belgien	60 5/8	$53\frac{1}{3}$	51 9/16	$21\frac{1}{4}$
Kopenhagen, Dänemark . .	100	58	50 2/5	$32\frac{1}{4}$
Stockholm, Schweden . .	$33\frac{1}{3}$	$55\frac{1}{3}$	34 3/5	25
Reggio, Italien	$44\frac{1}{4}$	32 1/7	$21\frac{1}{2}$	$22\frac{1}{4}$
Haag, Holland	$68\frac{3}{4}$	$52\frac{1}{4}$	$39\frac{1}{4}$	$29\frac{1}{3}$

In London z. B. erhält der Schmied für zehnstündige Arbeitszeit 20 Prozent mehr Brod als hier, aber $35\frac{3}{4}$ Prozent weniger Rindfleisch, $31\frac{1}{4}$ Prozent weniger Schweinefleisch und 45 Prozent weniger Butter als hier u. s. w.

Der „Seebote" in Milwaukee bemerkt zu diesen Vergleichen Folgendes:

„Danach wäre der hiesige Arbeiter weit besser gestellt, als der europäische. Man muß aber wohl bedenken, daß diese Zusammenstellung sich nur auf Brod, Fleisch und Butter bezieht, welche in Wiskonsin, als einem vorwiegend Ackerbau und Viehzucht treibenden Staate natürlich billig sind. Aber der Mensch bedarf zum Leben noch vieler anderer Dinge, und es sind z. B. Miethen, Kleidung, Hausgeräth u. s. w. in den meisten europäischen Staaten billiger als hier, und ganz besonders kosten dort alle nicht direkt als Lebensbedürfnisse zu bezeichnenden Gebrauchsgegenstände, z. B. Bier, Tabak, Wein u. s. w., bedeutend weniger. Der deutsche Arbeiter kann sich für ein Geringes amüsiren, der hiesige muß für jedes Vergnügen viel Geld bezahlen.

„Der europäische Arbeiter braucht ferner zur Erhaltung seiner Lebenskraft nicht so viel Fleisch und Butter zu genießen, wie der hiesige, denn erstens ist das Klima milder und zweitens die Arbeit weniger aufreibend. Hierzulande wird von dem Einzelnen mehr geleistet als drüben, und deshalb ist es absolut nothwendig, daß ihm die Mittel zur Führung einer kräftigenden Lebensweise gegeben werden. Der Bericht des Wiskonsiner Arbeitsbureaus ist also ganz interessant, doch berührt er das Verhältniß des Arbeitswerthes in nur wenigen Punkten, und man soll sich hüten, daraus falsche Schlüsse zu ziehen."

Es ist richtig, daß mindestens Wohnung und Kleidung in der Statistik noch hätten Berücksichtigung finden müssen, soll sie einen sicheren Schluß darauf ermöglichen, wie sich die Lage der Arbeiter in den betreffenden Gegenden bezw. Städten stellt.

— Einen Aufruf der Sektion Bern der schweizerischen **Gesellschaft für Bodenbesitzreform** (ein Zweiginstitut der deutschen Gesellschaft gleichen Namens) entnimmt der Berner „Sozialdemokrat" folgende Stellen:

„Die Landwirthschaft, die Grundlage unserer Existenz, verschuldet von Jahr zu Jahr mehr. Ein bäuerlicher Grundbesitzer nach dem andern sinkt zum bloßen Zinsbauern herab. Der Besitz des letztern ist aber nur noch ein eingebildeter. Die wirklichen Besitzer seines Bodens sind Banken und Rentiers, die keinen Pflug führen, keine Sense schwingen, und statt an eine Verbesserung und rationelle Bewirthschaftung des Bodens nur an den Bezug der schuldigen Zinsen denken. Sie leben vom Besitz, aber nicht von der Arbeit; der Bauer hingegen lebt von der Arbeit und nicht von einem Besitz. Je größer die Verschuldung, die Abhängigkeit vom Kapitale wird, ein um so größerer Theil vom Ertrage der Arbeit fällt dem Nichtarbeitenden und ein um so kleinerer dem Arbeitenden zu. Schließlich säet der Bauer nur noch, und der Kapitalist allein erntet. Und wie viele bereits an einer bessern Zukunft zu verzweifeln anfangen, besagen unsere Auswanderungslisten.

Der Landarbeiter ohne Grundbesitz ist noch schlimmer daran. Er steht bereits an der Grenze der Existenzfähigkeit und ist an den heimatlichen Boden gefesselt. Eine kleine Schwankung in seinem Einkommen, ein kleiner Zufall in seiner Familie reicht aus, um ihn in Armuth und Elend zu werfen. Massenhaft zieht er sich den Fabriken und Städten zu, den Arbeitslohn herabdrückend und das Proletariat vermehrend. Im Jahre 1870 zählte unser Kanton noch 499 in der Urproduktion Beschäftigte unter je 1000 „Erwerbenden überhaupt"; im Jahre 1880 waren es nur noch 476 und in der Gesammtschweiz gingen jene sogar von 474 auf 424 herab.

So wachsen Auswanderung und Armenlast. Die Einwohnerschaft der Städte vermehrt sich auf Kosten der Landbevölkerung." —

Die „Landwirthschaft" ist ein sozial sehr verschwommener Begriff, man kann darunter sowohl die Klasse der großen Grundbesitzer verstehen als jede andere Klasse der mit der Bewirthschaftung des Bodens in Beziehung stehenden Bevölkerung. Ueber die Verschuldung der Ersteren uns zu ereifern, liegt aber für uns Sozialdemokraten wie überhaupt für alle, welche die Wahrung der Interessen der Arbeiter auf ihre Fahne geschrieben, nicht der geringste Grund vor. Die Herren Bodenbesitzreformer sollen zum Mindesten sich etwas deutlicher ausdrücken lernen.

Daß der „Landarbeiter ohne Grundbesitz" sehr schlimm daran ist, ist richtig, noch schlimmer aber ist der Landarbeiter mit Grundbesitz daran, denn die Scholle Landes, die er besitzt, macht ihn erst vollständig zum Sklaven, indem sie ihn an den Ort bindet und dadurch ihm die Widerstandskraft nimmt. Und daran wird die Hypothekenreform der Landreformer nicht das Mindeste ändern.

— **Galizische Zustände.** Einer Zuschrift der „Sozialdemokratischen Monatsschrift" aus Lemberg entnehmen wir folgende interessanten Mittheilungen:

„**Lemberg**, 18. Juni. (st.) Das lebhafteste Interesse beanspruchen jetzt in Galizien die demnächst stattfindenden Landtagswahlen. Heuer steht der Wahlkampf im Zeichen ökonomischer Interessen, statt dem anderwärts noch üblichen politischen Schwefel.

Seit der konstitutionellen Aera war es schon zur alltäglichen Sache geworden, daß mittelst Schnaps, Knute und Wurst die Mandate aus dem Kleingrundbesitz stets den adeligen Herren zufielen; ein Bauer als Abgeordneter, das wird eine immer größere Seltenheit. Im Jahre 1861 war eine freilich verhältnißmäßig geringe Anzahl von Bauern in den Landtag gekommen; man behauptete, die Bauern wären noch nicht für das politische Leben reif gewesen — seither sind aber schon fast 30 Jahre verflossen und die zunehmende politische Reife hatte merkwürdigerweise zur Folge, daß im letzten Landtage kein einziger Bauer Abgeordneter war. Bauerninteressen vertraten da — ohne Erfolg — nur die ruthenischen Abgeordneten, meistentheils Geistliche. Die galizischen Bauern finden nun, daß es besser wäre, wenn sie die ihnen gewährte politische Vertretung selbst ausüben und nicht dem feudalen Großgrundbesitzer die Volksinteressen überlassen.

Auf 141 wählbare Abgeordnete bestimmt die Wahlordnung für die Landgemeinde, d. i. fünf Sechstel der Bevölkerung, 74 Abgeordnete. Bis jetzt waren es ausschließlich Großgrundbesitzer, Bezirkshauptleute &c., die es verstanden, Abgeordnete zu werden. Besitz ging Hand in Hand mit politischer Macht, die bis jetzt ohne Rücksicht waltete. Bei einer derartigen Zusammensetzung des Landtages ließen auch die gesetzgeberischen Früchte nicht auf sich warten.

Etwas über die gesetzgeberische Thätigkeit des letzten Landtages: Im Schulgesetze wurde für die Landgemeinden 9 Perzent, für die Gutshöfe aber nur 3 Perzent Aufschläge zu den allgemeinen Steuern bestimmt. Dieses Gesetz ist, nebenbei bemerkt, so bildungsfreundlich, — wie Alles, was die feudalen adeligen Herren thun — daß schon einige Male die Sanktion verweigert wurde.

Ein Straßengesetz wurde geschaffen, dessen ganze Last auf die Landgemeinden gewälzt wurde; in den Städten wurden sogar die Miethsparteien hievon nicht verschont, während die Gutshöfe noch an dem Holz verdienen können, das sie für den Brückenbau ausgeben — wie der hiesige „Przyjaciel ludu" mit Recht ausruft.

Wir finden es natürlich ganz der herrschenden Ordnung entsprechend, wenn nur Großgrundbesitzer das Jagdrecht besitzen, aber auch den Fischfang wollten die Herren durch ein Gesetz für sich derart monopolisiren, daß sie selbst die Krebse zu den Fischen zählten. Das Gesetz wurde nicht sanktionirt.

Schließlich noch das Dienstbotengesetz mit der körperlichen Züchtigung, das sich auch auf die Landarbeiter erstrecken sollte, und mit der Behandlung der Dienstboten als Sache. („Gleichheit" 1888.)

Alle diese Gesetze sind jetzt Schlagworte für die aufstrebenden Bauern, welche das Joch der politischen Unterdrückung abschütteln wollen. Der galizische Kleingrundbesitzer ist zugleich Arbeiter im Gutshof, weil er von seinem eigenem Feld meistentheils nicht leben kann, und seine Söhne sind Knechte beim Großgrundbesitzer. Und darum die Empörung gegen die Verfasser solcher Klassengesetze. Wenn ich noch hinzufüge, daß vielfach im Landtage der Gedanke erörtert wurde, ob es nicht möglich wäre, die Bauern zum Arbeiten (wohl Frohnen?) während der Erntezeit zu zwingen — die „Kanaille" verlangte damals bis zu 80 kr. Taglohn — so ist damit die galizische soziale Gesetzgebung keineswegs erschöpft. Unwillkürlich drängt sich einem der Gedanke auf, daß es nur an Zeit gemangelt hat, um noch verschiedene andere Gesetze zu beschließen und so die verfassungsmäßig gewährten Rechte zu konfisziren. . . .

. . . Für die Konservirung dieser Zustände und um dem kommenden Landtage das Fortfahren auf diesem Wege zu ermöglichen, setzte der scheidende Landtag ein Zentral-Wahlkomite ein, gegen welches die Bauern einen harten Kampf führen müssen. Selbes erklärt kühn jedes andere Wahlkomite für ungesetzlich und unpatriotisch und nennt Jeden einen nationalen Verräther, der nicht glaubt, daß nur der Adel und dessen Kreaturen in den Landtag hineingehören.

Mit Spannung sieht die galizische sozialdemokratische Partei dem Ausgang der Wahlen entgegen, da die aufstrebenden Bauern und Städte noch frisch die Erinnerung an die Klassenherrschaft im Gedächtnisse haben werden, wenn einmal das Proletariat an seinen Fesseln rütteln wird.

In jüngster Zeit wurde ein aus Oesterreich ausgewiesener Genosse Padlewski in Krakau verhaftet. Es sind infolgedessen viele Hausdurchsuchungen und sogar Verhaftungen erfolgt. Das Resultat ist natürlich Null. Die galizischen Behörden wollen nun aus dem einen Padlewski einen Geheimbundsprozeß konstruiren. Alles schon dagewesen. Zu bemerken ist nur das geräuschvolle Vorgehen bei dieser Sache. In Lemberg wurde in Abwesenheit des Genossen Feldmann dessen Haus umringt und dessen Koffer durchsucht. In Wien wurde bei zwei Genossen gehaussucht, trotz ihres Einspruchs, da der Polizist weder Hausdurchsuchungs- noch Verhaftsbefehl vorweisen konnte. Ursache: Die Adresse des Einen wurde bei Padlewski vorgefunden. Derselbe wurde wie ein gemeiner Verbrecher von einem Polizeisoldaten durch die ganze Stadt am Arm geführt. Gefunden wurde Nichts — von den Betroffenen kennt Niemand Padlewski. Mitgenommen wurde schon etwas mehr. Dies hinderte nicht, daß man den Genossen mit der Ausweisung drohte, nicht, weil sie so gefährliche Leute wären, sondern weil eben in Wien der Ausnahmezustand existirt."

— **Aus Kopenhagen.** Ein nettes Beispiel von „Arbeiterfreundlichkeit" verdient in weitesten Kreisen niedriger gehängt zu werden.

Es hat sich hier in Kopenhagen ein Papierring gebildet, der sämmtliche Papierfabriken angekauft hat. In einer dieser Fabriken (Dalums Fabrik) besaßen die Arbeiter eine Altersversorgungskasse in der Höhe von 18,000 Kronen. Diese Fabrik soll nun eingehen, und es wurde deshalb zur Liquidation geschritten. Laut den Statuten der Fabrik hätten die Arbeiter zu den 18,000 Kronen noch 9000 hinzubekommen sollen. Aber die Herren Aktionäre beschlossen ohne Weiteres, das Geld nicht zu geben, obschon sie im letzten Jahre 20, sage **zwanzig** Prozent Dividende bekommen hatten und der Papierpreis neuerdings um 12—25 Prozent gestiegen ist. Einer der Herren war so freundlich und stellte den Antrag, den Arbeitern von den obengenannten 18,000 Kronen noch 8000 Kronen zu nehmen. 10,000 Kronen wären genug für die Arbeiter, meinte der Biedermann. Das wagte man denn doch nicht, sondern ließ sich schließlich gnädigst herbei, diese 18,000 Kronen auf 20,000 abzurunden. Der Fabrikbetrieb wird nun eingestellt und dann können die Arbeiter sehen, wo sie wieder Beschäftigung finden. Es sind gegen 120 Personen auf diese Weise auf's Pflaster geworfen. Die Arbeiter haben beschlossen, die Gerichte anzurufen. Obs was hilft, bleibt abzuwarten.

— **Aus Cincinnati.** (Verspätet). Am 31. Mai verstarb hier nach längerem Leiden an der Proletarierkrankheit unser Genosse Johann Freudiger. Derselbe, von Geburt Schweizer (er stammt aus dem Kanton Bern) war lange Jahre in Deutschland Mitglied unserer Partei gewesen, und ist denn auch bald nach Erlaß des Schandgesetzes aus Verden bei Bremen, wo er von 1873—1880 als Zigarrenarbeiter in Arbeit gestanden, als Ausländer des Landes verwiesen worden. Bei seiner Abreise von Verden veranstalteten die dortigen Genossen eine große Demonstration, worüber im „Sozialdemokrat" No. 6 vom Jahre 1880 ein Bericht enthalten ist.

Nach kurzem Aufenthalt in der Schweiz siedelte Freudiger im Jahre 1882 nach Amerika über. Zuerst arbeitete er in New-York und siedelte dann nach Cincinnati über, wo er später eine Gastwirthschaft übernahm. Wie in Deutschland, so gehörte er auch in Amerika sowohl der Zigarrenarbeiter-Gewerkschaft als der Sozialistischen Partei an und bekleidete in beiden Organisationen wichtige Vertrauensstellungen. Die Arbeitersache verliert in ihm einen eifrigen und gesinnungstreuen Kämpfer. Er hinterläßt eine Wittwe mit vier Kindern in bedrängten Verhältnissen.

Ehre seinem Andenken.

— Der „**Arme Teufel**" Nr. 23 vom 4. Mai enthält folgende Briefkastennotiz, die uns leider bis heute entgangen war:

„Sozialdemokrat (London). — Erst im Laufe dieser Woche erfahren wir, daß Sie den Herrn v. Ehrenberg von Cleveland für seinen bösen Namensvetter halten. Machen Sie, um der Gerechtigkeit willen, die gethanen Schritte rückgängig. Der Clevelander ist ein ganz netter, anständiger Mensch, der jenen Artikel, welcher zuerst den Zorn des A. T. erregte, gar nicht einmal geschrieben hat."

Von amerikanischen Genossen seiner Zeit befragt, ob der Clevelander abgekanzelte „von Ehrenberg" unser Spitzelhauptmännchen Alfred v. Ehrenberg (Züricher Angedenkens) sei, hatten wir dieselben direkt an den „A. T." verwiesen, mit dem Ersuchen, uns vor Allem genaue Personalbeschreibung zu vermitteln. Unsere Notiz in Nr. 15 ds. Js. vom 13. April 1889, betr. „Lumpazius Ehrenberg" ist also nach obigen Aufschlüssen auf den Clevelander Herrn von Ehrenberg nicht anwendbar. Dagegen wird uns anderseits wiederholt versichert, daß der frühere Kronzeuge und Gewährsmann des Berufsdenunzianten und schweizerischen Major-Redakteur Eduard Attenhofer in Zürich, der Spitzel und Hauptmann a. D. Alfred von Ehrenberg, sich zur Zeit im Transvaal befindet. Ob in politisch-diplomatischer Mission oder als Glücksritter auf eigene Faust, wissen wir nicht. Ein bekannter Züricher Banquier soll ihm die Verträge vermittelt und seine Expatriirung geleitet haben. Sollte sich Jemand finden, der im Transvaal sichere Beziehungen hat, so bitten wir diese Notiz und bündige Aufschlüsse über Alfred von Ehrenbergs Charakter-Beziehungen und Vergangenheit in die dortige Presse zu leiten und Sorge zu tragen, daß sein Thun allerwärts entsprechende Würdigung finde und ihm das Handwerk rechtzeitig gelegt werden möge.

Warnung.

Eurie Streitmann aus Piatra (Rumänien), Studirender der Chemie, früher an den technischen Hochschulen in Zürich und Paris, z. Z. am Polytechnikum in Stuttgart, hat sich als feiger und total charakterloser Mensch entpuppt. Um sich selbst vor einer etwaigen Ausweisung zu retten, hat er einen Genossen der Verbreitung verbotener sozialistischer Schriften bezichtigt und so dessen Verurtheilung herbeigeführt. Eine für sein Alter ziemlich entwickelt scheinende Intelligenz und ein gewisses offen zur Schau getragenes „Interesse an der sozialistischen Bewegung", lassen ihn den Genossen leicht sympathisch erscheinen und fördern lediglich seine Neigung zum Betrügen derselben um Geld und Freiheit!

Wir warnen deshalb alle Genossen dringend vor diesem jugendlichen Gauner. Besonders die rumänischen, französischen und belgischen Genossen bitten wir zugleich um thunlichste Weiterverbreitung dieser Warnung durch ihre Presse.

Beim Auftauchen des Streitmann wolle man ihn gebührend abfinden. Es ist wahrscheinlich, daß er von hier abreisen wird, um seine „Studien" im Auslande fortzusetzen.

Signalement: Alter ca. 19 Jahre, Gestalt klein und schwächlich, orientalischer Gesichtsausdruck, trägt das Haar in die Stirne gekämmt.

Die Stuttgarter Genossen.

Briefkasten

der Expedition: Cincinnati E. L.: Bf. u. Fbd. v. 4. am 19/7 erh. u. Weiteres bewirkt. W. hat Nichts hierher berichtet! — Fest: Adr. lt. Vorlage v. 16/7 geord. u. Mk. 13.80 pr. Sgr. gutgebr. Bstllg. notirt. Bf. mehr. — Felix III: Zugl. mit Nachr. betreff S. traf Post pr. Pes. ein. Sie haben Recht. Dank für prompte Vermittlung. Ad. folgt. Gruß! — Harmosan: Nachr. über Erfragtes am 18/7 erh. Näheres an neue Ad. bfl. am 19/7 abgg. — Pharao: Avis v. 16/7 hier u. Weiteres verwendet. Warum Geschäftliches nicht stets auf separatem Blatt? Bf. mehr betr. des beiderseits Ersehnten. — Schippe: Der Weg ist absolut verkehrt, da Schriften doch auch Geld kosten. Bf. folgt. — Anvers: Erfragtes am 13/7 bfd. erh. — Rthr. Eisenwurm: Antw. auf unsere Anfrage v. 17/7 hoffen unterwegs. Dem „Gerechtfertigten" haben den Standpunkt persönl. klarmachen lassen. — Dr. Grisilm.: Sh. 14.5 Ab. Rest pr. 89 erh. Bf. auf Bericht v. 13/7 Näheres. Gruß! — Rother Nazarener: Gut, nun wissen wir's. Bei sofortiger Andeutung durch Anfangsbuchstaben hätten Sie sich u. uns einen Brief gespart! — Panzerschiff: Laut Qttg. in Nr. 29 haben wir also richtig gerathen. Uebrigens war Sdg. am 24/6 schon angelangt. Bf. Weiteres betr. Ihrer Wünsche. — Hussite: Mk. 18.— Ab. 3. Qu. erh. Fort ist Alles. Reklamation kann nur erledigt werden, wenn Sie Fehlendes bestimmt bezeichnen, also ohne „Oder." Gruß! — P. B. Leeds: Sh. 2.— Ab. 3. Qu. erh. und Katalog nebst Nachlieferung abgesandt. Weiteres erwartend — Dtsch. Soz. Klub Paris: Fr. 25.— Ab. 2. Qu. &c. erh. Mehrbestllg. u. Weiteres vorgemerkt. — Carl Schwarz: Mk. 4.40 Ab. 3. Qu. erh. — Max: Mk. 79.50 a Cto. Ab. &c. erh. u. Meldung vorgemerkt. Vergessen Sie nicht, daß ihrer Viele sind, die alle gleich arm, ehrlich und eifrig „Onkels Schatulle" in Anspruch nehmen und wie, — darüber bfl. Gruß! — P. F. Ldn.: Sh. 2.— Ab. 3. Qu. erh. Nachlfrg. mit 29 fort. — Dz. Lgf.: Mk. 6.— Ab. 3. Qu. erh. u. Ab. geord. — A. H. Syracuse: 1 Doll. Ab. 3. u. 4. Qu. u. 1 Doll. pr. Ufds. v. H. Sch. (f. Sa. Sh. 8.3) bld. erh. Für L. scheint gesorgt. Dank für den guten Willen. All Well. Herzl. Grüße! — Eg. M. Ag.: Mk. 10.— f. Schft. erh. Nota &c. folgt. Sie thun gut, Ihre Lektüre nur absolut sicheren Leuten anzuvertrauen. — W. Ebhdt. Charleston: (Doll. 1.—) 4 Sh. a Cto. Ab. 3. Qu. erh. — Rother Kämpfer: Mk. 10.— a Cto. Ab. &c. erh. Bstllg. folgt. — Kleines Sozdkrt.: 10 Mlrs. am 22/7 erh. Cours steht nicht Mk. 2.30 sondern höchstens Mk. 1.67, immer vorausgesetzt, daß wirs überhaupt loswerden. Bstllg. folgt u. bfl. Weiteres. Grüße herzl. erwiedert. — Balthasar: Ab. lt. Vorlage v. 19/7 geordn. Ab. für Mb. senden bfl. Alles unterwegs. — Merlin: Mk. 500.— a Cto. Ab. &c. erh. Halbe Adr. blieb Ihnen in der Feder stecken. Ums Haar setzte es einen Krebs. Bf. v. 21. hier. Dank für Referenz M. Adr. notirt. — Arabi Pascha: Fbd. v. 18/7 ganz zerfetzt angelangt. Blatt künftig kleiner falzen. Bf. gleichfalls hier u. am 23/7 beantw. — Pfaffenfeind: Bstllg. folgt nach Vorlage v. 19/7. Weiteres am 23/7 bfl. — Blocksburg: Hoffentl. bleibts dabei. Wir notiren Alles nach Wunsch u. geben bfl. Aufschluß betr. Cto. — Cowie u. Co. Ldn.: Sh. 2.— Ab. 3. Qu. erh. Lfrg. 27—29 abgg. — H. Sch. Ldn.: $2\frac{1}{2}$ Pg. für Schft. erh. — Traunicht: Nachr. v. 22. erh. u. am 23/7 beantw. Beil. besorgt. Näheres erwarten bestimmt. — M. Schulz N. Bedford: Bf. v. 10/7 erh. u. Weiteres wiederholt veranlaßt. Adr. B. A. folgt, sobald erfragt. — Scorpion: Mk. 50.— a Cto. Ab. &c. erh. W. wird zurückkommen, erwarten also Weiteres. Bf. mehr. — Muth und Kraft: Mk. 27.— a Cto. Ab. &c. erh. u. Adr. notirt. Bf. mehr. — Rother Geldsack: Avis vom 22/7 erh. — O. B. M. i. B.: öwfl. 3.— a Cto. Ab. &c. erhalten.

== Spitzberg Mk. 9.— Ab. 3. Qu. erh. — Allg. Arb.-Ver. Bayerns: Fr. 4.— Ab. 3. Qu. erh. — R. Truz. Zrch.: Fr. 5.— Rest und Fr. 5.— pr. Ufds. erh. — Allg. Arb.-Ver. Lausanne: Fr. 20.— Ab. 2. Qu. erh. — Gbn.: Fr. 9.88 Ab. 3. Qu. erh. — Allg. Arb.-Verein Schaffhausen: Fr. 10.50 Ab. 2. Qu. erh. Weiteres erwartet. — Klapka: Fr. 15.— a Cto. erh. ==

Printed for the proprietors by the German Cooperative Publishing Co,
114 Kentish Town Road London N. W.